



Plenarprotokoll

3. Sitzung

Donnerstag, 24. November 2011

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Dringlicher Entschließungsantrag		Wohnungsmarkt sozial gestalten – Mietentwicklung dämpfen	
Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion auf Annahme einer Entschließung		Andreas Otto (GRÜNE)	98, 102
Drucksache 17/0036	95	Dr. Michael Arndt (SPD)	99
Rechtsextremistische Morde und Gewalttaten verurteilen		Katrin Lompscher (LINKE)	100
Beschluss	130	Matthias Brauner (CDU)	101, 102
		Oliver Höfinghoff (PIRATEN)	103
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	96	a) Antrag der Fraktion Die Linke	
Wahl und Vereidigung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin		Drucksache 17/0032	104
Ergebnis	130	Vergabe I: Erhöhung des Mindestentgelts und Einrichtung einer Kontrollgruppe	
Dank		Erste Lesung	
des Präsidenten an die ausgeschiedenen Senatsmitglieder		b) Antrag der Fraktion Die Linke	
Präsident Ralf Wieland	97	Drucksache 17/0033	104
Prioritäten		Vergabe II: Neuorganisation der Vergabestellen	
gemäß § 59 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Jutta Matuschek (LINKE)	104, 109
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen		Frank Jahnke (SPD)	105
Drucksache 17/0029	98	Joachim Esser (GRÜNE)	106
		Heiko Melzer (CDU)	107, 109
		Fabio Reinhardt (PIRATEN)	109
		Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
		Drucksache 17/0027	110
		Transparenz bei Lobbyarbeit – ein öffentlich einsehbares Lobbyregister für Berlin!	
		Fabio Reinhardt (PIRATEN)	110
		Sven Kohlmeier (SPD)	111
		Dirk Behrendt (GRÜNE)	112
		Sven Rissmann (CDU)	113
		Dr. Klaus Lederer (LINKE)	115

Erste Lesung

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache [17/0010](#) 116

Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“

Wolfgang Brauer (LINKE) 116, 117
Brigitte Lange (SPD) 117, 118
Joachim Esser (GRÜNE) 118
Christian Goiny (CDU) 119
Christopher Lauer (PIRATEN) 119

Wahl

Wahlvorlage
Drucksache [17/0034](#) 120

Wahl der Mitglieder der G 10-Kommission des Landes Berlin

Ergebnis 130

Dringliche Wahl

Wahlvorlage
Drucksache [17/0035](#) 121

Wahl der Mitglieder des Ausschusses für Verfassungsschutz

Ergebnis 131

Vorlage – zur Kenntnisnahme –

Vorlage – zur Kenntnisnahme –
gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache [17/0028](#) 121

Zusammenstellung der vom Senat vorgelegten Rechtsverordnungen

Anträge

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache [17/0030](#) 121

Berlin schützt Frauen und Mädchen vor Gewalt!

Anja Kofbinger (GRÜNE) 121
Thomas Kleineidam (SPD) 122
Evrin Sommer (LINKE) 123
Katrin Vogel (CDU) 124
Simon Kowalewski (PIRATEN) 125

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache [17/0031](#) 126

Subsidiaritätsbedenken bezüglich einer Verordnung der Europäischen Kommission – KOM(2011) 635 endg – Europäisches Kaufrecht

Dirk Behrendt (GRÜNE) 126
Frank Zimmermann (SPD) 126
Martina Michels (LINKE) 127
Christian Goiny (CDU) 128
Alexander Spies (PIRATEN) 128

Vorlage – zur Beschlussfassung –

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache [17/0026](#) 129

Aufgabe gemäß § 7 Abs. 2 Sportförderungsgesetz von öffentlichen Sportflächen, Hartriegelstr. 77 im Bezirk Treptow-Köpenick, Ortsteil Adlershof, zwecks Überführung des ehemaligen Schulstandortes in Erbbaurecht an einen privaten Schulträger

Präsident Ralf Wieland eröffnet die Sitzung um 13.04 Uhr.

Präsident Ralf Wieland:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 3. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin und begrüße Sie, unsere Gäste und Zuhörer sowie die Medienvertreter recht herzlich.

Die aktuellen Vorkommnisse und Erkenntnisse haben die Fraktionen des Hauses dazu bewogen, einen Entschließungsantrag einzubringen.

Ich rufe deshalb vor Eintritt in die Tagesordnung auf

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion auf Annahme einer Entschließung Drucksache [17/0036](#)

Rechtsextremistische Morde und Gewalttaten verurteilen

Ich verlese den Antragstext:

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus verurteilt den menschenverachtenden Terror, der von Rechtsextremen über ein Jahrzehnt in Deutschland ausgeübt wurde.

Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

[Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.]

Wir trauern um Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Yunus Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter.

[Gedenkminute]

Sie haben sich zu Ehren der Ermordeten erhoben. Ich danke Ihnen!

Seit 1990 sind mit den zehn bisher bekannten Todesopfern der Zwickauer Terrorgruppe 138 Menschen Todesopfer rechter und rassistischer Gewalt in Deutschland geworden, davon zehn in Berlin.

Die Morde, Anschläge und Gewaltaktionen der Thüringer Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ haben viele Fragen zur Arbeit des Verfassungsschutzes und der Strafverfolgungsbehörden aufgeworfen. Es erfüllt uns mit tiefer Sorge, dass die Ermittlungen in der rechtsextremistischen Szene über einen derart langen Zeitraum erfolglos blieben. Die Arbeit des Verfassungsschutzes und der Strafverfolgungsbehörden müssen auf den Prüfstand gestellt werden, um die Ursachen für dieses Versagen festzustellen. Die Hinterbliebenen

der Mordopfer wie auch die Öffentlichkeit haben Anspruch auf schnelle und vollständige Aufklärung, die die Defizite der Ermittlungen klar benennt. Danach müssen die notwendigen Konsequenzen gezogen werden.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin gedenkt der Opfer rechtsextremistischer Gewalt und spricht den Hinterbliebenen sein tiefes Mitgefühl aus. Wenn wir auch den individuellen Schmerz über den Verlust eines geliebten Menschen nicht ermessen können, so stehen wir doch in den Stunden der Trauer an der Seite der Hinterbliebenen und versichern ihnen, dass wir alles Menschenmögliche tun werden, um solche Taten in Deutschland niemals wieder geschehen zu lassen. Wir tragen Verantwortung dafür, dass alle in unserem Land ohne Angst vor Bedrohung und Rassismus leben können.

Rechtsextremistische Gewalttaten sind ein Angriff auf unsere freiheitlich demokratische Gesellschaft und dürfen nicht verharmlost werden. Diese Bedrohung und Gefahr muss von Staat und Gesellschaft klar erkannt, benannt und entschieden bekämpft werden. Rechtsextremistischen Gewalttaten muss mit der gebotenen Entschlossenheit bereits im Keim entgegengetreten werden. Hier sind alle Anstrengungen zu unternehmen, dieses Ziel durch Aufklärung schon in der Grundschule, Präventionsarbeit, zivilgesellschaftliches Engagement, Ächtung von rassistischer Gewalt, Aussteigermodelle etc. zu erreichen.

Wir sind entschlossen, sowohl die politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten und ihren Verbündeten vertieft fortzusetzen als auch die unabdingbaren Konsequenzen für die Arbeit der Sicherheitsbehörden rasch zu ziehen. Aus Fehlern müssen die richtigen Schlüsse gezogen und umgesetzt werden.

Rechtsextremisten, Rassisten und verfassungsfeindliche Parteien haben in unserem demokratischen Deutschland keinen Platz. Deshalb fordert das Abgeordnetenhaus den Senat auf, sich an der Prüfung durch den Bund und die anderen Ländern, ob sich aus den Untersuchungsergebnissen Konsequenzen für ein NPD-Verbot ergeben, zu beteiligen. Die Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte an Parteiverbote sind zu berücksichtigen.

So weit der Antragstext. – Die Antragsteller haben die sofortige Abstimmung beantragt. Wer dem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank! Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit hat das Abgeordnetenhaus diese Entschließung einstimmig beschlossen. – Vielen Dank!

[Allgemeiner Beifall]

(Präsident Ralf Wieland)

Ich habe Ihnen dann noch Geschäftliches mitzuteilen. In der Fraktion der CDU ist Herr Stefan Schlede für Frau Cerstin-Ullrike Richter-Kotowski nachgerückt. – Herzlich willkommen, Herr Kollege!

[Allgemeiner Beifall]

Einige von uns kennen Sie bereits aus der Vergangenheit, aus einer früheren Wahlperiode. Auf gute Zusammenarbeit!

Dann möchte ich auf das Ihnen vorliegende Verzeichnis der Dringlichkeiten hinweisen. Ich gehe davon aus, dass allen eingegangenen Vorschlägen die dringliche Behandlung zugebilligt wird. Sollte dies im Einzelfall nicht Ihre Zustimmung finden, bitte ich um entsprechende Mitteilung.

Entschuldigungen von Senatsmitgliedern für die heutige Sitzung: Senatorin von der Aue ist ab ca. 16.45 Uhr abwesend. Grund: Teilnahme an der Sitzung des Richterwahlausschusses zur Herstellung des Einvernehmens zur Benennung eines deutschen Kandidaten für den Gerichtshof der Europäischen Union. Der Regierende Bürgermeister ist ab ca. 19.45 Uhr abwesend. Grund: Teilnahme an der A-Länder-Vorbesprechung.

Zwei weitere Hinweise an die Pressetribüne: Es gilt wieder, dass Sie bitte nicht von oben auf die Unterlagen der Abgeordneten fotografieren. Aus gegebenem Anlass weise ich auch darauf hin, dass das Fotografieren von Abgeordneten anderen Abgeordneten gegenüber während der Sitzung als störend gewertet werden würde.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 1:

**Wahl und Vereidigung
des Regierenden Bürgermeisters von Berlin**

Hierzu liegt mir ein Schreiben des Vorsitzenden der Fraktion der SPD Michael Müller vom 22. November dieses Jahres vor, das ich jetzt verlese:

Sehr geehrter Herr Präsident,

im Namen der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands des Abgeordnetenhauses von Berlin schlage ich Herrn Klaus Wowereit für das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin vor.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Müller

Vorsitzender

Nach § 75 unserer Geschäftsordnung erfolgt die Wahl des Regierenden Bürgermeisters ohne Aussprache mit verdeckten Stimmzetteln.

Gemäß Artikel 56 Abs. 1 der Verfassung von Berlin wird der Regierende Bürgermeister mit der Mehrheit der Mit-

glieder des Abgeordnetenhauses gewählt. Das sind bei 149 Abgeordneten mindestens 75 Jastimmen.

Ich möchte Ihnen das Wahlverfahren erläutern, insbesondere für die neuen Kolleginnen und Kollegen, die das Verfahren noch nicht kennen.

Für die von mir aus gesehen rechten Kabinen erfolgt der Namensaufruf für die Buchstaben A bis K. Für die Buchstaben L bis Z stehen die linken Kabinen zur Verfügung. Jedem Abgeordneten wird erst nach Namensaufruf und vor Eintritt in die Wahlkabine der Stimmzettel ausgehändigt. Nach Ausfüllen des Stimmzettels in der Kabine ist dieser noch in der Wahlkabine zu falten und in den Umschlag zu legen. Der Umschlag ist anschließend in die entsprechende Wahlurne zu werfen.

Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass Abgeordnete nach § 74 Abs. 2 der Geschäftsordnung zurückgewiesen werden müssen, die außerhalb der Wahlkabine ihren Stimmzettel kennzeichnen oder in den Umschlag legen.

Wer dem Wahlvorschlag der SPD – Klaus Wowereit – zustimmen will, der muss hinter dem Namen ein Kreuz in das Kästchen mit Ja setzen. Sie haben weiterhin die Möglichkeit, mit Nein zu stimmen oder sich der Stimme zu enthalten. Ein leerer, nicht mit einem Kreuz versehener Stimmzettel gilt als ungültiger Stimmzettel genauso wie anders gekennzeichnete Stimmzettel oder Stimmzettel mit zusätzlichen Vermerken.

Nun bitte ich die Präsidiumsmitglieder, an den Wahlkabinen bzw. Wahlurnen Aufstellung zu nehmen, um die Ausgabe der Stimmzettel vorzunehmen und deren Abgabe zu kontrollieren.

Meine Damen und Herren! Ich appelliere ausdrücklich an Sie, den Wahlvorgang diszipliniert und geduldig durchzuführen, um einen geordneten und einwandfreien Ablauf zu gewährleisten. Insbesondere beim Einwurf der Umschläge bitte ich um Rücksichtnahme auf die die Stimmabgaben kontrollierenden Beisitzerinnen und Beisitzer.

Frau Abgeordnete Haußdörfer bitte ich, die Namen der Abgeordneten zu verlesen.

Ich weise darauf hin, dass die Fernsehkameras nicht auf die Wahlkabinen ausgerichtet werden dürfen. Alle Plätze hinter den Wahlkabinen und um die Wahlkabinen herum bitte ich freizumachen.

Ich bitte um Aufruf der Namen und Ausgabe der Stimmzettel.

[Aufruf der Namen und Abgabe der Stimmzettel]

Ich frage in die Runde: Haben alle ihre Stimme abgegeben? – Ich gehe davon aus, dass jeder aufgerufen worden

(Präsident Ralf Wieland)

ist und seine Stimme abgegeben hat. Der Wahlgang ist geschlossen. Ich bitte um Auszählung. Die Sitzung ist unterbrochen.

[Auszählung]

Meine Damen und Herren! Ich bitte, die Plätze einzunehmen. Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich möchte das Wahlergebnis bekannt geben.

Ergebnis der Wahl des Regierenden Bürgermeisters: abgegebene Stimmen: 148, erforderliche Ja-Stimmen: 75. Ja-Stimmen: 84, Nein-Stimmen: 63, eine Enthaltung. Herr Klaus Wowereit ist damit zum Regierenden Bürgermeister gewählt.

[Anhaltender Beifall bei der SPD und der CDU]

– Kleinen Moment! – Herr Wowereit! Nehmen Sie die Wahl an?

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Ich nehme die Wahl an.

[Beifall bei der SPD]

Präsident Ralf Wieland:

Dann sind Sie ordnungsgemäß gewählter Regierender Bürgermeister von Berlin. Herzlichen Glückwunsch!

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Das Amt darf erst nach der Vereidigung ausgeübt werden. Ich bitte Sie, Herr Wowereit, zur Vereidigung in die Mitte des Plenarsaals an die Mikrofone zu kommen.

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben.

[Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.]

Der Regierende Bürgermeister leistet gemäß § 4 Senatorensgesetz vor dem Abgeordnetenhaus folgenden Eid:

Ich schwöre, mein Amt gerecht und unparteiisch getreu der Verfassung und den Gesetzen zu führen und meine ganze Kraft dem Wohle des Volkes zu widmen.

Ich bitte Sie nun, den Eid mit der Schwurformel „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.“ oder mit der Formel „Ich schwöre es.“ zu leisten.

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Ich schwöre es.

Präsident Ralf Wieland:

Herr Regierender Bürgermeister! Ich überreiche Ihnen gemäß § 2 Abs. 1 des Senatorensgesetzes Berlin die Ur-

kunde über Ihre Wahl. Herzlichen Glückwunsch! Alles Gute für die Amtsführung!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Danke!

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN,
der LINKEN und den PIRATEN]

Präsident Ralf Wieland:

Auf Bitte des Regierenden Bürgermeisters unterbreche ich die Sitzung für 30 Minuten.

[Unterbrechung der Sitzung von 13.46 bis 14.17 Uhr]

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen, damit wir unsere Sitzung fortsetzen können.

Der Herr Regierende Bürgermeister hat mir soeben ein Schreiben überreicht, das ich Ihnen verlesen möchte:

An den Präsidenten des Abgeordnetenhauses
Herrn Ralf Wieland

Sehr geehrter Herr Präsident!

Mit meiner heute erfolgten Wiederwahl zum Regierenden Bürgermeister von Berlin hat entsprechend Artikel 56 Abs. 3 Satz 2 der Verfassung von Berlin die Amtszeit aller bisherigen Senatsmitglieder geendet. Ich habe jedoch die bisherigen Senatsmitglieder Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer, Dr. Ehrhart Körting, Prof. Dr. Jürgen Zöllner, Gisela von der Aue und Dr. Ulrich Nußbaum gemäß Artikel 56 Abs. 3 Satz 3 der Verfassung von Berlin gebeten, bis zum 30. November 2011 ihre Amtsgeschäfte fortzuführen.

Darüber hinaus habe ich die Kollegin Junge-Reyer gebeten, für denselben Zeitraum zusätzlich vertretungsweise die Amtsgeschäfte des Geschäftsbereichs Wirtschaft, Technologie und Frauen zu führen. Eine gleiche Bitte habe ich an den Kollegen Dr. Körting in Bezug auf den Geschäftsbereich Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz und an den Kollegen Prof. Dr. Zöllner in Bezug auf den Geschäftsbereich Integration, Arbeit und Soziales gerichtet.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Wowereit

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte an dieser Stelle im Namen des gesamten Hauses den ausgeschiedenen Mitgliedern des Senats, Herrn Wolf, Frau Bluhm und Frau Lompscher, für die geleistete Arbeit recht herzlich danken.

(Präsident Ralf Wieland)

[Allgemeiner Beifall]

Nun kommen wir zur

lfd. Nr. 2:

Prioritäten

gemäß § 59 Abs. 2 der
Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von
Berlin

Für die lfd. Nr. 2.1 ist keine Priorität benannt worden.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 2.2:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache [17/0029](#)

**Wohnungsmarkt sozial gestalten –
Mietentwicklung dämpfen**

Das ist die Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit Tagesordnungspunkt 8. Für die Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu fünf Minuten zur Verfügung. Es beginnt für die Fraktion der Grünen der Kollege Otto. – Bitte schön!

Andreas Otto (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wollte eigentlich von dieser Stelle aus dem Regierenden Bürgermeister, dem neu gewählten, gratulieren und alles Gute wünschen, zum Wohle der Stadt, aber er ist schon beim ersten inhaltlichen Tagesordnungspunkt des heutigen Tages, der heutigen Sitzung verschwunden.

[Zuruf von der SPD: Augen auf!]

Ich gratuliere Ihnen, auch wenn Sie sich in die letzte Reihe verzogen haben, Herr Wowereit, alles Gute!

[Beifall bei den GRÜNEN]

Der Volksmund kennt den Spruch: Jeder hat drei Versuche, beim dritten muss es dann aber besser werden. Insofern hoffen wir, dass die neue Regierung von Herrn Wowereit in vielen Themen das für die Stadt leistet, was sie in ihrem Koalitionsvertrag andeutet.

Wer den Koalitionsvertrag liest, stellt fest: ein Hort von Prüfaufträgen – nichts Konkretes. Sie haben ein paar Themen angesprochen, aber das Allermeiste bleibt im Nebel. Wenn wir dann der Presse entnehmen und von den Kollegen von der SPD hören, dass es ein besonders sozialdemokratisch gefärbter Vertrag sei, dann fragen wir uns schon: Sie regieren hier seit vielen, vielen Jahren – seit zehn Jahren in den Ressorts und insbesondere im Ressort Stadtentwicklung, in dem die Wohnungspolitik enthalten ist –, warum ist dann so wenig Konkretes in dem Vertrag? Haben Sie keine Informationen? Sie können doch nicht so tun, als ob Sie heute bei null anfangen. Sie sind schon sehr lange in der Verantwortung, und –

Herr Müller, da spreche ich Sie persönlich an – wir erwarten da mehr!

[Beifall bei den GRÜNEN]

Wir erwarten mehr in der Stadtentwicklung und insbesondere in der Wohnungspolitik für diese Stadt. Es ist gut, dass wir dieses wichtige Thema als erstes nach der Wahl des Regierenden Bürgermeisters diskutieren. Wenn man sich erinnert, so fällt einem bei wohnungspolitischen Großtaten eventuell noch der Börsengang der GSW ein, aber viel mehr auch nicht, was in den letzten Jahren hier geschehen ist. Da muss mehr passieren.

Wenn wir – wie im September – viele Tausend Mieterinnen und Mieter auf einer Demonstration haben, dann hat das Ursachen. Dann hat das Ursachen in einer verfehlten Politik und hat zur Folge, dass wir fordern: Tun Sie etwas gegen Segregation in dieser Stadt! Tun Sie etwas, damit Leute ihre Miete bezahlen können! Tun Sie etwas, damit die Leute, die aus den Sozialwohnungen gekündigt werden, eine andere Wohnung bekommen! So einfach ist das!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Wir haben Indizien dafür, dass sich die Stadt in Arm und Reich teilt. Schauen Sie auf den Sozialstrukturatlas oder schauen Sie auf die diese Woche veröffentlichte Schuldneruntersuchung von „Creditreform“! Die Anzahl der überschuldeten Menschen sinkt etwa in Friedrichshain und Prenzlauer Berg, und sie steigt stark in Reinickendorf, Hohenschönhausen oder Spandau. Das deutet darauf hin, dass es Wanderungsbewegungen gibt, die viele vorhergesagt haben und die tatsächlich stattfinden. Wir wollen nicht Pariser Verhältnisse, wir könnten sie aber bekommen. Das wollen wir verhindern.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Sie schreiben zu den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, dass sie differenzierte Mieten nehmen sollen. Das ist eine schwierige Sache. Ich darf daran erinnern: Bisher konnte uns der Senat nicht einmal mitteilen, wer eigentlich dort wohnt, welche Einkommensgruppen, wie viele Kinder, Familienstand, Bildung, usw. Das konnten Sie bisher nicht beantworten. Jetzt wollen Sie sozialdifferenzierte Mieten schaffen, wissen aber nicht wie.

Wir haben hier im vergangenen Jahr beschlossen, dass die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sich bei Neuvermietungen nach dem Mietspiegel richten mögen.

[Zuruf von der SPD: Richtig!]

Das ist jetzt ein halbes Jahr her. Gerade haben wir einen zweiten Zwischenbericht bekommen, in dem steht, man brauche erst einmal noch bis Ende März 2012 Zeit, um sich darüber Gedanken zu machen.

[Uwe Doering (LINKE): Genau!]

(Andreas Otto)

Wenn das bei Ihnen alles so langsam geht, lieber Herr Müller, dann ist das schlecht, und dann brauchen wir dringend Beschleunigung in diesem Ressort.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Wir haben hier im letzten Jahr heftig über den sozialen Wohnungsbau diskutiert. Sie haben ein Wohnraumgesetz vorgelegt. Das hat auch die CDU scharf kritisiert. Ich bin sehr verwundert oder auch enttäuscht, dass wir dazu im Koalitionsvertrag nichts finden. Sie haben sich offenbar damit abgefunden, dass dieses verfehlte Gesetz weiter gelten soll. Sie haben sich bei einem anderen Gesetz – da ich Herrn Czaja gerade sehe –, dem Straßenausbaubeitragsgesetz, durchgesetzt, was Ihre Klientel in Ihrem Wahlkreis, was insbesondere Leute mit einem Eigenheim bedient. Sie machen weiter mit der wohnungspolitischen Umverteilung von Geld hin zu den Leuten, die ein Eigenheim haben, und weg von denen, die im Geschosswohnungsbau leben, in der Platte oder anderswo. Denn wir werden alle das bezahlen müssen, womit Sie jetzt Leute entlastet haben, die dem VDN nahe stehen. Das ist falsch, und das muss man an dieser Stelle auch erwähnen.

[Beifall bei den GRÜNEN –

Beifall von Gerwald Claus-Brunner (PIRATEN)]

Ich will noch etwas zum Mietrecht sagen. Wir haben nun eine andere Situation. Bisher hieß es immer: Die SPD ist in der Bundesregierung nicht vertreten. Da könne man nichts machen. Die Bundesratsinitiative ist versandet. – Das ist jetzt anders. Jetzt haben wir die CDU im Boot. Jetzt kommt die CDU in die Pflicht: Sie müssen auf der Bundesebene etwas tun. Sie müssen etwas dafür tun, dass die Modernisierungumlage gesenkt wird und dass sie vor allem auf wirklich wichtige Modernisierungen fokussiert wird – das sind die energetische Komponente und die Barrierefreiheit. Da müssen Sie jetzt was tun. Da muss die CDU jetzt etwas bringen. Wir hoffen und erwarten, dass Sie sich in die bundespolitische Mietrechtsdebatte qualifiziert einbringen, und werden Sie daran hier sehr oft erinnern. – Danke schön!

[Beifall bei den GRÜNEN –

Vereinzelter Beifall bei der LINKEN und
den PIRATEN]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Als nächstes hat für die SPD-Fraktion der Kollege Arndt das Wort.

[Uwe Doering (LINKE): Was sagst du
denn zu dem Prüfauftrag?]

Dr. Michael Arndt (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Otto! Liebe Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen! Man kann den Einstieg auch anders wählen, gerade wenn man im Glashaus sitzt.

Wenn man sich Ihren Antrag ansieht, so steht vieles Richtige drin. Er zeigt auch, dass der Wahlkampf vorbei ist und die ehemals schrillen Töne von der Berliner Wohnungsnot durch eine realitätsnahe Beschreibung ersetzt wurden. In der Tat benötigt Berlin angesichts eines enger werdenden Wohnungsmarktes eine umfassende und zukunftsorientierte Wohnungspolitik, damit Wohnen für die Menschen in dieser Stadt bezahlbar bleibt und zugleich der Wohnungsbestand den Herausforderungen der Zukunft angepasst wird. Diese Herausforderung ist nicht neu. Die SPD-Fraktion hat sich schon in den letzten Jahren dieser Herausforderung gestellt. In der alten Koalition von SPD und Die Linke wurden neue Pflöcke geschlagen und Weichen gestellt. In den nächsten Jahren wird hier anzuknüpfen sein.

[Zuruf von den GRÜNEN: Wie denn?]

Ich möchte diese Gelegenheit deshalb nutzen, mich an Herrn Doering und seine Kollegen von der Fraktion Die Linke zu wenden. – Herr Doering! Wir wissen beide, wie schwierig die letzten fünf Jahre in der Mieten- und Wohnungspolitik waren, neue Akzente zu setzen, so in der Liegenschaftspolitik, in der Neuaufstellung der städtischen Gesellschaften von der Bestands- zur Neubaupolitik sowie in der Bestands- und Mietenpolitik. Sie wissen um diesen schwierigen Prozess, der viele aus unser beider Fraktionen hat ungeduldig werden lassen. Es hat lange gedauert, bis alles eine Form und funktionale Zuordnung gefunden hat. Ihre Spuren, Ihr Wirken sind in der neuen Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU enthalten,

[Uwe Doering (LINKE): Oh! Danke,
liebe SPD!]

und sie entsprechen in vielen Punkten dem Maßnahmenpaket des Antrags von Bündnis 90/Die Grünen.

[Zuruf von den GRÜNEN]

Wir werden darauf achten, dass die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften ihre preisdämpfende und sozialintegrierende Funktion sowohl im Sinne einer sozialverträglichen Entwicklung von Bestandsmieten als auch bei der Neuvermietung konsequent wahrnehmen und laufend an eventuelle Wohnungssuchende in den einzelnen Wohnanlagen und -quartieren anpassen. Hierbei sollen sich mögliche Mieterhöhungen im Bestand – das ist ganz wichtig – an den realen Erhöhungen der Lebenshaltungskosten ausrichten. Bei Modernisierungsmaßnahmen soll sich eine Umlage der Kosten an der ortsüblichen Vergleichsmiete und der Mietenstruktur ausrichten.

Bei den angesprochenen energetischen Modernisierungen soll die zu erwartende Betriebskostensenkung als Orientierungsmaßstab zur Erhöhung der Nettokaltmiete dienen. Diese Maßgabe soll auch bei Neuvermietungen nach einer Modernisierungsmaßnahme gelten. Energetische Modernisierungen sollen Vorrang vor anderen Modernisierungen haben. Das sind alles Ergebnisse, die in die Koalitionsvereinbarung Eingang gefunden haben. Das sind Dinge, bei denen Die Linke und auch Bündnis

(Dr. Michael Arndt)

90/Die Grünen mit ihren Anträgen Akzente gesetzt haben, die wir in diese Koalitionsvereinbarung eingeflochten haben und die wir in den nächsten fünf Jahren umsetzen werden. Das ist nicht gering zu schätzen.

[Beifall bei der SPD]

Eine preisdämpfende Mietenpolitik der städtischen Gesellschaften oder andere angesprochene Maßnahmen sowie ein Mehr an Mietenregulierung greifen in dieser Situation allerdings zu kurz. Knappheiten werden hiermit nicht behoben. Berlin bedarf in der nächsten Legislaturperiode verstärkt privater und öffentlicher Neubauvorhaben. Es bedarf eines neuen Verhältnisses in der Bestands- und Erweiterungspolitik auf dem Berliner Wohnungsmarkt mit dem Ziel, die bestehenden Engpässe aufzugreifen und anzugehen, damit in dieser Stadt auch morgen noch die Mieten auch für die einkommensschwächeren Haushalte bezahlbar bleiben.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich bei der Senatorin Ingeborg Junge-Reyer für die Zusammenarbeit in den letzten fünf Jahren zu bedanken.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Dieser Dank gilt auch der Staatssekretärin Hella Dunger-Löper. Beide haben in den letzten Jahren für die Bau- und Wohnungswirtschaft sowie für die Stadt Hervorragendes geleistet, und zwar als Frauen.

[Allgemeines Lachen]

– Ja! Das darf man nicht unterschätzen. Dagegen gab es große Kritik. Das war in diesem männlich-paternalistisch dominierten Ressort nicht einfach. – Ich danke Ihnen noch einmal, dass Sie Hervorragendes geleistet haben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Für die Fraktion Die Linke hat die Kollegin Lompscher das Wort. – Bitte schön!

Katrin Lompscher (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stelle mich Ihnen in meiner neuen Funktion als stadtentwicklungs-, bau- und wohnungspolitische Sprecherin der Linken vor. Herr Doering und ich sind jetzt ein neues Dreamteam.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Ich halte es für ein gutes Zeichen, dass wir dieses Thema am Anfang der Legislaturperiode diskutieren. Ich bin mir sicher, wir werden es nicht nur heute hier im Parlament

diskutieren. Berlin braucht zweifellos endlich eine wohnungspolitische Strategie, die bezahlbare Mieten und eine soziale Mischung in allen Teilen der Stadt sichert. Die Linke sieht darin eine der zentralen Aufgaben der Legislaturperiode. Das sage ich ganz klar.

[Beifall bei der LINKEN]

Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen geht in die richtige Richtung. Er führt viele – vielleicht zu viele – richtige Handlungsfelder auf, ohne allerdings hinreichend konkret zu werden. Zu sagen, dass Die Linke in der Regierungsverantwortung wohnungspolitisch nicht alle ihre Ziele erreicht hat, gehört natürlich zur Ehrlichkeit. Sie wird in der Opposition bekannte und neue Forderungen formulieren, die sie in der Koalition mit der SPD nicht durchsetzen konnte. Es ist aber vor dem Hintergrund der Erkenntnisse, die in diesem Prozess gewonnen worden sind, und der Erfahrungen mit den konkreten Berliner Bedingungen notwendig, genauere Ziele und Vorgaben zu definieren und den neuen Senat konkreter in die Verantwortung zu nehmen, als es die Grünen in ihrem Antrag tun.

Wesentliche Bausteine einer neuen wohnungspolitischen Strategie sind die Steuerung der städtischen Wohnungsgesellschaften, die Kooperation mit Genossenschaften, Mieterinitiativen, die Nutzung landesrechtlicher Instrumente zur Mietdämpfung – einschließlich der Anpassung der Kosten der Unterkunft – und ein anderer Umgang mit Liegenschaften. Das ist unbestritten.

Zentral sind dabei die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. Hier brauchen wir klare Vorgaben. Das liegt auf der Hand. Wir haben derzeit 15 Prozent städtische Wohnungen. Diese müssen viel konsequenter und zielgerichteter als bisher zur wohnungspolitischen Steuerung genutzt werden. Dabei kann übrigens an zwei Beschlüsse dieses Hauses aus der letzten Legislaturperiode angeknüpft werden. Die rot-rote Koalition hat seinerzeit – übrigens auf Druck der Linken und nicht der SPD – zwei Vorgaben gemacht, und zwar mit mehr oder weniger Erfolg. Anfang 2008 gab es den Beschluss, dass die landeseigenen Gesellschaften bei der Bestimmung von Bestandsmieten ausschließlich den Mietspiegel heranziehen dürfen. Daran erinnern Sie sich sicher noch.

[Daniel Buchholz (SPD): Das kam
aber auch von uns, Kollegin!]

Auslöser war seinerzeit ein Anliegen der WBM, im Nikolaiviertel Fantasiemieten nehmen zu wollen. Anfang dieses Jahres gab es dann den Beschluss des Hauses, dass sich die landeseigenen Unternehmen bei der Neuvermietung am Mietspiegel orientieren müssen. Dabei ist das Wort „orientieren“ interpretationsfähig: Einerseits sollte Spielraum bestehen, andererseits wissen wir jetzt, dass der Spielraum, der hier eröffnet worden ist, zu groß ist. Es kann nicht sein, dass die städtischen Unternehmen, wie derzeit zu beobachten ist, Neuvermietungsmieten jenseits von Gut und Böse nehmen und damit ihre Auf-

(Katrin Lompscher)

gabe verfehlen. Offensichtlich ist es nötig, konkrete Vorgaben zur Begrenzung von Neuvermietungszuschlägen bei städtischen Gesellschaften zu machen.

[Beifall bei der LINKEN]

Auch wir haben zur Kenntnis genommen, dass im Koalitionsvertrag steht, bei Neuvermietungen sollten die Mieten künftig stärker gespreizt werden. Damit das nicht zur allgemeinen Erhöhung des Mietniveaus führt und das postulierte Ziel konterkariert wird, werden die Linken sehr genau beobachten, wie dieser Ansatz im Koalitionsvertrag konkretisiert wird, denn er könnte auch nach hinten losgehen.

Was will die Regierung für die Bestandsmieter tun? – Mögliche Mieterhöhungen im Bestand sollen sich an der realen Erhöhung der Lebenshaltungskosten orientieren. „15 Prozent in vier Jahren“ ist der Orientierungswert – wieder ein Orientierungswert, wieder zu viel Spielraum –, aber es ist genau die Forderung, die wir mit der seinerzeit mit der Bundesratsinitiative eingebracht haben. Insofern begrüßen wir das.

25 Prozent der Berliner Wohnungen sind städtisch oder genossenschaftlich. Der Rest von 75 Prozent unterliegt nicht dieser Steuerung. Deshalb müssen wir alle landes- und bundesrechtlichen Instrumente zur Mietdämpfung stärker nutzen als bisher. Auf Landesebene besteht enorm viel Spielraum: Zweckentfremdungsverbot, Genehmigungsvorbehalt bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, eine Forcierung der Bundesratsinitiative usw. All das sind Forderungen, die wir an den neuen Senat richten. Wir werden sehr genau schauen, wie ernst diese Forderungen genommen werden. – Vielen Dank!

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank, Frau Kollegin! – Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Kollege Brauner das Wort. – Bitte schön!

Matthias Brauner (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Themen Wohnen, Bauen und Mieten haben uns schon im Wahlkampf und den letzten Monaten der alten Legislaturperiode intensiv beschäftigt. In der Tat ist die Dynamik im Wohnungsmarkt entsprechend. Die Zahlen der letzten Monate zeigen eindeutig in eine bestimmte Richtung. Insofern war es gut und richtig, dass das Thema in der Wahlkampfdebatte und der Koalitionsvereinbarung intensiv erörtert wurde. Wir haben dem Thema breiten Raum gegeben und sind viele Punkte angegangen, die Sie, Herr Otto, aufgeführt haben und die sich teilweise wie die Leftovers aus der letzten Legislaturperiode anhören. Wir haben diese Punkte schon relativ detailliert skizziert.

Für uns ist wichtig, dass wir das Thema Bauen/Wohnen nachhaltig und ganzheitlich angehen. Damit wollen wir Berlin in eine vernünftige Richtung bringen und den Wohnungsmarkt so gestalten, dass wir eine Entlastung haben und die Bürgerinnen und Bürger zu vertretbaren Mieten in der Stadt wohnen können.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

– Das mit dem Beifall üben wir noch. – Insofern haben wir in der Koalitionsvereinbarung sehr deutlich gesagt, dass wir einen Stadtentwicklungsplan Wohnen wollen, in dem wir die verschiedenen Punkte, die Sie teilweise zu Recht adressieren, zusammenfassen, in eine vernünftige Struktur bringen und auf diesem Weg unsere wichtigsten Ziele realisieren. Ich glaube, dass in diesem Bereich großer Konsens besteht. Erstens ist uns wichtig, dass wir in den nächsten Jahren ein Neubauziel von 6 000 Wohnungen erreichen, um den Wohnungsmarkt nachhaltig zu entlasten. Verbote wirken nur kurzzeitig. Neubau führt an der Stelle zu einer deutlich besseren Entwicklung.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Zweitens wollen wir – auch das ist uns besonders wichtig – den städtischen Wohnungsbestand nachhaltig erhöhen, und zwar auf rund 300 000 Wohnungen. Das ist in dem Bereich die zweite wichtige Zielmarke. Deshalb nimmt die Rollenbeschreibung der städtischen Wohnungsbaugesellschaften viel Raum ein. Mit diesem Ziel können wir mehr erreichen als mit vielen anderen Forderungen. Ein Stadtentwicklungsplan Wohnen ist wichtig, da man dieses Ziel nicht einfach so erreicht, sondern verschiedene Unterziele und Maßnahmen zusammenbringen muss.

Wenn wir den Wohnungsbau in diesem Maß realisieren wollen, müssen wir alle Akteure einladen, an einem Strang zu ziehen. Das sind die städtischen und privaten Gesellschaften und die Wohnungsbaugenossenschaften. Wir müssen dafür vernünftige Rahmenbedingungen schaffen.

Das bedeutet auch, dass wir im Bereich der Liegenschaftspolitik aktiv agieren werden. Wir werden teilweise das fortführen, was in der alten Legislaturperiode begonnen wurde, und werden es ergänzen. Wir werden die Liegenschaftspolitik aktiv nutzen, um stadtentwicklungspolitische Ziele zu erreichen. Dazu gehört auch eine Mietpreisdämpfung.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Wir meinen, festgestellt zu haben, dass es zum Beispiel im Bereich der Ferienwohnungen Fehlsteuerungen gibt. Für uns bedeutet das – bevor wir konkret agieren –, dass wir eine vernünftige statistische Grundlage benötigen. Deshalb nimmt das eine eindeutige Position im Koalitionsvertrag ein. Auf der Basis kann aufgesetzt und können die richtigen Steuerungsinstrumente implementiert werden. Gleichzeitig ist für uns wichtig, dass die energetische Modernisierung im Bestand erleichtert wird. Des-

(Matthias Brauner)

halb haben wir gesagt, dass das Denkmalschutzgesetz novelliert werden soll, um das deutlich zu verbessern.

Das sind alles Punkte, durch die man praktisch und konkret den Wohnungsneubau erleichtern kann. Dazu gehört auch, dass wir die Bauordnung entschlacken wollen, um das Verfahren zu verbessern. Das sind viele Punkte, bei denen wir gut nach vorn blicken können, bei denen wir im Rahmen eines Stadtentwicklungsplans Wohnen die richtigen Weichenstellungen vornehmen, damit wir in Berlin mehr Wohnungen, günstigere Mieten und gleichzeitig eine bessere Wohnqualität haben. Das sind wichtige Ziele, die wir uns vorgenommen haben. Dabei können wir für die Berlinerinnen und Berliner viel erreichen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank! – Als nächstes ist Kollege Otto mit einer Kurzintervention an der Reihe. – Bitte sehr!

Andreas Otto (GRÜNE):

Sehr geehrter Kollege Brauner! Das ist natürlich schwierig, aus der Opposition in die Koalition zu kommen. Das merkt man bei solchen Redebeiträgen!

[Heiterkeit bei der CDU]

Sie haben hier – und das ist im Koalitionsvertrag auch Thema – sehr auf den Neubau abgehoben. Aber die allermeisten der Berlinerinnen und Berliner wohnen im Bestand.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Mit 5 000 Wohnungen, die man baut, löst man die Probleme, die in der Stadt tatsächlich existieren und die ich beschrieben habe, nicht.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Wir brauchen eine Bestandspolitik! Wir alle wissen auch, dass wir es im Neubau nicht schaffen werden, z. B. die Menschen, die jetzt im Fanny-Hensel-Kiez rausmüssen, unterzubringen, weil die Neubauwohnungen naturgemäß etwas teurer sind. Das bekommt man nicht hin, das wissen Sie als Ökonom auch. Wir müssen im Bestand etwas tun!

Vielleicht noch etwas zum Thema Zweckentfremdung, zu den Ferienwohnungen. Sie haben gesagt, das müsste man untersuchen. Das ist auch so einer dieser Prüfaufträge. Darüber diskutieren wir, seit ich im Parlament bin, seit fünf Jahren! Niemand hat offensichtlich etwas untersucht.

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –
Beifall von Andreas Baum (PIRATEN)]

Vielleicht ist es so, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung einfach keine Ideen mehr hatte oder einfach nicht wusste, was zu untersuchen ist. Eigentlich kann ich mir das bei solch einer großen Verwaltung und solch einer engagierten Senatorin nicht vorstellen. Da stimmt irgendetwas nicht, sage ich Ihnen!

[Beifall bei den GRÜNEN]

Sie haben alles Mögliche gesagt, aber zum sozialen Wohnungsbau haben Sie nichts gesagt, da habe ich genau hingehört. Sie haben als einer der engagiertesten Vertreter in diesem Themenfeld in den Debatten der letzten Legislaturperiode heute dazu nichts gesagt. Im Koalitionsvertrag steht dazu nichts. Was ist denn Ihre Vorstellung, wie wir mit den Altlasten des sozialen Wohnungsbaus, der einst von SPD und CDU gemeinsam erfunden wurde, umgehen sollen? Was sagen Sie den Menschen, die ausziehen müssen? Was sagen Sie denen, die die Kostenmiete zahlen sollen, einfach weil Vermieter sie raushaben wollen, weil sie in interessanten Lagen die Wohnungen in Eigentum umwandeln wollen? Was sagen Sie denen als neue Koalition? – Das möchten wir hören.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Daniel Buchholz (SPD): Was sagen Sie denen?]

Präsident Ralf Wieland:

Herr Kollege Brauner möchte erwidern. – Bitte schön, Sie erhalten das Wort!

Matthias Brauner (CDU):

Vielen Dank! – Ich muss, weil Sie die Vorlage dazu gegeben haben, dazu etwas sagen. Sicher ist es nicht ganz einfach, von der Opposition in die Regierung zu kommen, aber manchmal ist auch nicht einfach, Opposition zu bleiben!

[Beifall bei der CDU –
Zurufe von der SPD und den GRÜNEN]

– Zur Sache an der Stelle! – Ich glaube – und das haben wir auch im Rahmen der zahlreichen Debatten bereits gehabt –, dass es, wenn wir den Wohnungsbau in Berlin entlasten wollen, im Kern darum gehen wird, dass wir deutlich mehr neu bauen. Das ist die nachhaltigste Entlastung, die wir erreichen können. Insofern steht das auch in der Koalitionsvereinbarung im Vordergrund. Des Weiteren – dazu hat der Kollege Arndt schon ausgeführt –

[Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Das haben wir nicht
verstanden! –
Zuruf von den GRÜNEN]

steht insbesondere die mietpreisdämpfende Funktion der städtischen Wohnungsbaugesellschaften auf der Agenda. Auch das nimmt deutlich breiteren Raum in der Koalitionsvereinbarung ein und weist sehr detaillierte Überlegungen auf, wie sie vielleicht in anderen Bereichen nicht gefunden werden. Insofern sind das unsere überaus wich-

(Matthias Brauner)

tigen Bereiche, bei denen wir der Überzeugung sind, dass wir einen guten Durchgriff haben und zugleich auch einen nachhaltigen Effekt erreichen werden.

Zum Thema Wohnraumgesetz, weil Sie das direkt angesprochen haben: In der letzten Legislaturperiode ist das Gesetz verabschiedet worden. Wir werden sicherlich überprüfen, wie es funktioniert. Auf der Basis dieser Erkenntnisse werden wir sehen, ob Anpassungsbedarf besteht. Das steht außer Frage.

[Zuruf von Katrin Schmidberger (GRÜNE)]

Gerade in diesem komplizierten Bereich werden wir kritisch überprüfen, ob die Dinge eingetreten sind, die beabsichtigt worden sind. Sie kennen meine Position in dieser Hinsicht. Sie haben in Ihrem Antrag geschrieben Vergleichsmietensystem. Faktisch ist das Wohnraumgesetz ein solches Vehikel, das sozusagen zu bestimmten Situationen die Wohnungen in ein Vergleichsmietensystem überführt. Genau das werden wir uns ansehen, ob das funktioniert und wie nachhaltig der Effekt ist. Insofern, das Thema ist jetzt vielleicht nicht erwähnt worden, aber es ist auf der Agenda. Wir werden aufmerksam hinsehen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der SPD –
Zurufe von den GRÜNEN]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank, Herr Kollege Brauner! – Für die Fraktion der Piraten hat nun Herr Höfinghoff das Wort. – Bitte sehr!

Oliver Höfinghoff (PIRATEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für das Protokoll: Herr Wowereit! Erst einmal von uns und speziell von mir herzliche Glückwünsche zur Wahl!

[Joachim Esser (GRÜNE): Hast du ihn gewählt?]

– Das sage ich doch hier nicht! – Ob ich Berlin selbst dazu gratulieren kann, darüber muss ich mir erst noch klarwerden.

[Heiterkeit bei den GRÜNEN]

Die neue Koalition steuert, wohin es mit Berlin gehen soll. Der Koalitionsvertrag ist so etwas wie die Roadmap, die darstellen soll, wohin es gehen soll. Wir haben ihn in der Piratenfraktion gelesen, aber er löst eher Skepsis aus. Zur Wohnungspolitik heißt es lapidar:

Die wachsende Metropole Berlin bedarf in der nächsten Legislaturperiode verstärkt privater und öffentlicher Neubauvorhaben. Ziel ist deshalb, dass in der Legislaturperiode 30 000 neue Wohnungen (durchschnittlich 6 000 pro Jahr) errichtet werden.

[Heidi Kosche (GRÜNE): Wir werden zählen!]

Die ersten Fragen konnten wir Herrn Wowereit schon am Dienstag bei unserer Fraktionssitzung stellen. Wirklich konkret ist er da aber auch nicht geworden.

[Zuruf von den GRÜNEN: Weil er keine Ahnung hat!]

Wie bitte sollen denn 6 000 neue Wohnungen pro Jahr eine Entspannung auf dem Mietmarkt bringen? Noch dazu, wenn sie in Teilen durch private Vorhaben ausgeführt werden sollen und wenn wir davon ausgehen, dass gemäß der erfolgten Berechnungen ein Kaltmietpreis von unter 9 Euro pro qm² nicht möglich wäre. Die im Koalitionsvertrag erwähnte angemessene Beteiligung des Senats kann alles zwischen „Privat kann es besser“ – das haben wir schon einmal gehört – und „Wir machen das schon“ bedeuten. Wie wäre es denn mit einem klaren Statement des Senats zu einem sozialen Wohnungsbau in allen Bezirken Berlins, anstelle die Einwohner mit geringem Einkommen in die Randbezirke zu verbannen?

[Zuruf von Lars Oberg (SPD)]

Genau dieses Verhalten, sozialen Wohnungsbau nur in wenig attraktiven Gegenden zu betreiben, führt zu Entwicklungen, wie wir sie von Paris kennen.

[Beifall bei den PIRATEN]

Die Zustände in den Pariser Banlieues sind seit den Aufständen dort weithin bekannt. Wer die Geringverdiener der Stadt gettoisiert, der braucht sich hinterher nicht zu wundern, wenn er es plötzlich mit neuen sozialen Brennpunkten zu tun hat. Es bleibt für gewöhnlich nicht dabei, dass Plattenbauten an sich als unsozial angesehen werden. Meistens kommt noch eine mangelhafte Infrastruktur dazu, die dann ganze Viertel verfallen lässt. Der einzige Schutz davor ist eine vernünftige soziale Durchmischung in allen Kiezen. Die garantiert auch eine gleichmäßig ausgebaute Infrastruktur.

[Beifall bei den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN]

Ich hoffe sehr, dass unser neuer Senat diese Punkte berücksichtigen wird. Anderenfalls wird es mir, wird es meiner Fraktion – und ich denke, auch anderen Abgeordneten – eine Freude sein, Sie immer wieder daran zu erinnern und auch in die entsprechende Richtung zu treiben. – Das soll es erst einmal von meiner Seite aus gewesen sein. Wir haben sicher noch mehr Redebedarf. – Danke!

[Beifall bei den PIRATEN und der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Präsident Ralf Wieland:

Vielen Dank, Herr Kollege! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Präsident Ralf Wieland)

Es wird die Überweisung des Antrags an den künftig für Bauen zuständigen Ausschuss und an den künftigen Hauptausschuss vorgeschlagen. – Ich höre keinen Widerspruch, dann verfahren wir so.

Ich rufe auf

1fd. Nr. 2.3:

- a) Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache [17/0032](#)

**Vergabe I: Erhöhung des Mindestentgelts
und Einrichtung einer Kontrollgruppe**

Erste Lesung

- b) Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache [17/0033](#)

Vergabe II: Neuorganisation der Vergabestellen

Das ist die Priorität der Linken unter Tagesordnungspunkt 4. – Ich eröffne die erste Lesung hinsichtlich des Gesetzesantrags. Für die Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu fünf Minuten zur Verfügung. Es beginnt die Fraktion Die Linke. Frau Matuschek hat das Wort. – Bitte schön, Frau Kollegin!

Jutta Matuschek (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir hatten ja schon in der vergangenen Plenarsitzung das Thema Mindestlohn angesprochen. Wir haben heute unsere Anträge eingebracht.

[Lars Oberg (SPD): Dann loben Sie uns mal!]

– Ich habe auf diesen Zwischenruf gewartet, Herr Oberg! Ich wollte dann darauf reagieren oder es auch selbst ansprechen. Wahrscheinlich sind Sie so stolz darauf, dass Sie ganz lange, bis in die letzte Runde hinein, darüber verhandelt haben und dann so etwas Tolles hinbekommen haben, wie es jetzt dort zu lesen ist, nämlich der schöne Satz:

Der im Vergabegesetz festgeschriebene Mindestlohn für öffentliche Aufträge wird durch den neuen Senat auf 8,50 Euro angehoben.

Bravo!

[Beifall bei der SPD –

Lars Oberg (SPD): Das ist genau das, was Sie beim letzten Mal gefordert haben!]

In Ihrem Wahlprogramm stand noch ein bisschen mehr. Dort stand nämlich drin: Wir werden in der nächsten Legislaturperiode das Berliner Vergabegesetz entsprechend anpassen. – Das ist richtig. – Aber es hieß auch noch: Bundesweit fordern wir den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. – Davon steht in der Koalitionsvereinbarung aber nichts mehr drin.

[Lars Oberg (SPD): Trotzdem! –
Weitere Zurufe von der SPD]

Dazu kann ich nicht mehr Bravo sagen.

[Beifall bei der LINKEN]

Lieber Herr Oberg! Das ist das Problem. Sie haben lange verhandelt. Ich will jetzt die Anerkennung dafür, dass dort 8,50 Euro drinstehen, nicht schmälern, aber dort steht nicht drin, wann das Berliner Vergabegesetz für diese 8,50 Euro entsprechend angepasst wird, und es steht auch nicht drin, wie das geschehen soll – ob per Verordnung oder per Gesetzesverfahren. Das müssten sie uns mal erklären. Wir haben Ihnen aber schon vor Wochen und vor Monaten gesagt, dass Sie es längst mit Rot-Rot haben könnten. Sie hätten dafür die CDU gar nicht gebraucht, sondern Sie hätten nur die Verordnung, die in den Senatsverwaltungen bereits vorliegt, umzusetzen brauchen. Dort steht bereits der Betrag von 8,50 Euro drin. Sie brauchen nicht noch die letzte Schleife zu drehen, sondern Sie können es sofort machen, noch in diesem Jahr.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Das ist unsere Forderung: Noch in diesem Jahr diese 8,50 Euro in das Berliner Vergabegesetz!

Dann komme ich noch zu den weiteren Punkten: Hinsichtlich der gesamten Debatte um den Mindestlohn haben Sie in Ihren Koalitionsverhandlungen offensichtlich keine Regelung finden können, wie Sie sie in Ihrem Wahlprogramm versprochen haben, nämlich bundesweit für einen Mindestlohn von 8,50 Euro einzutreten. Daran werden wir Sie aber messen. Stattdessen kommen die schönen Diskussionen, wonach ein Mindestlohn Arbeitsplätze vernichten würde und so weiter. Dabei kommt diese komische Wackelposition der CDU irgendwo immer wieder durch. Inzwischen hat die Bundesregierung längst Studien von ihren Lieblingsinstituten bekommen, wonach ein Mindestlohn keine Arbeitsplätze vernichtet. Wir werden Sie daran messen, inwieweit Sie als Koalition und insbesondere Sie von der SPD auch auf Bundesebene für einen gesetzlichen Mindestlohn eintreten, damit wir ihn in der gesamten Bundesrepublik haben.

Nun kommen wir zu dem anderen Thema, das wir auch in unserem Antrag angesprochen haben, nämlich zur Kontrolle. Ja, im jetzigen Vergabegesetz ist eine Kann-Regelung dazu enthalten – da konnten wir uns nicht genügend durchsetzen –, wie kontrolliert wird, dass 8,50 Euro auch tatsächlich gezahlt werden. In Ihrer Koalitionsvereinbarung steht jetzt: Ein jährlicher Bericht dazu, ob 8,50 Euro auch angemessen sind! – Toll! Nach diesem jährlichen Bericht des zuständigen Senators oder der zuständigen Senatorin kann das ja auch mal in die andere Richtung gehen. Das ist also mehr Blabla und Wischiwaschi. Wir werden Sie in diesem Punkt aus der Verantwortung nicht herausnehmen.

Und noch etwas: Im Berliner Vergabegesetz steht nicht nur der Betrag von 8,50 Euro, sondern dort stehen auch

(Jutta Matuschek)

Kriterien drin – soziale, ökologische und sonstige Kriterien. Davon ist in Ihrer Koalitionsvereinbarung nun auch nichts mehr enthalten. Darin geht es nur um die 8,50 Euro. Ich will die Anerkennung für diese 8,50 Euro nicht schmälern, aber das Vergabegesetz nennt auch andere Kriterien dafür, wie öffentliche Aufträge in diesem Land vergeben werden. Auch daran werden wir Sie messen.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Da wir noch in der ersten richtigen Debatte sind, kann ich mir eine launige Bemerkung nicht verkneifen. Alexander von Humboldt hat mal gesagt, Berlin sei für ihn eine moralische Sandwüste, umgeben von Kartoffeläckern. Da wollen wir doch mal sehen, ob die Kartoffeln im sandigen Acker der großen Koalition zu Blüten werden oder verfaulen.

[Zuruf von Lars Oberg (SPD)]

Ich kann Ihnen sagen: Stimmen Sie unseren Anträgen zu! Halten Sie Ihre neu installierte Regierung dazu an, die entsprechende Verordnung zu den 8,50 Euro jetzt sofort umzusetzen! Dann können wir vielleicht auch mal richtig Bravo rufen.

[Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN]

Präsident Ralf Wieland:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Jahnke das Wort. – Bitte schön!

Frank Jahnke (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das erste wirtschaftspolitische Thema, das wir in der neuen Legislaturperiode hier im Plenum behandeln, ist wieder einmal das Vergaberecht. In der vergangenen Wahlperiode stand dieses Thema häufig auf der Tagesordnung. Es kam zu einer Novellierung des damaligen Vergabegesetzes im Frühjahr 2008, die aber schon wenige Wochen später durch das sogenannte Ruffert-Urteil des Europäischen Gerichtshofs de facto ausgesetzt werden musste. Mit dem neuen Ausschreibungs- und Vergabegesetz haben wir jedoch im Jahr 2010 den Mindestlohn und weitere wichtige Kriterien bei der Auftragsvergabe rechtssicher verankert.

Da zahlreiche Abgeordnete neu im Parlament sind und vielleicht die schon ritualisierten Schlagabtausche zu diesem Thema noch nicht verinnerlicht haben, lohnt es, die wesentlichen Punkte, um die es bei der öffentlichen Auftragsvergabe geht, noch einmal kurz zu skizzieren.

[Heiterkeit bei den PIRATEN –
Fabio Reinhardt (PIRATEN): Danke!]

Erstens: Das Land Berlin, die Bezirke und die Unternehmen mit Landesbeteiligung vergeben Aufträge nicht als

Selbstzweck, sondern um Güter und Dienstleistungen zu erlangen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben im öffentlichen Interesse benötigen.

[Martin Delius (PIRATEN): Ach!]

Zweitens: Hierbei generiert die öffentliche Hand ein Beschaffungsvolumen von 4 bis 5 Milliarden Euro jährlich, das einen durchaus bedeutsamen Wirtschaftsfaktor für die Region darstellt.

[Martin Delius (PIRATEN): Aha!]

Drittens: Es liegt im Interesse unserer Wirtschaftspolitik, dass insbesondere mittelständische Unternehmen in Berlin, die für die Zahl der Arbeits- und Ausbildungsplätze unserer Stadt eine entscheidende Rolle spielen, von diesem Beschaffungsvolumen profitieren.

Viertens: Die öffentliche Hand hat bei der Auftragsvergabe eine Vorbildfunktion und kann ihr Gewicht in die Waagschale werfen, um soziale, ökologische und andere Gemeinwohlinteressen im Zuge der Leistungserbringung sicherzustellen.

Gerade die beiden letztgenannten Punkte stehen natürlich in einem gewissen Spannungsverhältnis zueinander. Um die Hürden für ein mittelständisches Unternehmen, sich an öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen, nicht zu hoch werden zu lassen, brauchen wir ein möglichst einfaches Vergaberecht. Zur Gewährleistung wichtiger Kriterien und eines transparenten Verfahrens bei ihrer Anwendung sind aber schon einige Regularien erforderlich. Im Ausschreibungs- und Vergabegesetz vom Sommer 2010 haben wir diese Gratwanderung, so meine ich, ganz gut bewerkstelligt, was natürlich nicht heißt, dass das Gesetz ein für allemal in Stein gemeißelt ist und keiner Anpassung bedarf. Beispielsweise haben wir bei der Höhe des Mindestlohns die mögliche Anpassung an veränderte wirtschaftliche und soziale Gegebenheiten bereits explizit im Gesetz geregelt. Es nimmt daher nicht wunder, wenn die Linksfraktion bereits in ihren ersten Anträgen als Oppositionspartei das Thema Vergabe aufgreift und Gesetzesänderungen vorschlägt – mit dem bisherigen Wirtschaftssenator als einem der Unterzeichner.

[Dr. Manuela Schmidt (LINKE):
Er hat es ja auch gut vorbereitet! –
Martina Michels (LINKE):
Er war es, nicht die SPD!]

Wie ein Blick in die Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU zeigt, ist allerdings auch die neue Koalition auf diesem Gebiet nicht untätig. Da stehen überhaupt viele gute Sachen drin.

[Uwe Doering (LINKE): Ah, ja!]

Ich trage ja schon die rot-schwarze Koalitionskrawatte, so witzelte heute Morgen ein Kollege.

[Uwe Doering (LINKE):
Mit einem dezenten Hellblau!]

(Frank Jahnke)

Aber das stimmt ja nicht. Erstens ist es nicht schwarz, sondern anthrazit, und zweitens wäre die Farbverteilung auch nicht ganz richtig getroffen.

Die Partei, die das Vergabegesetz seinerzeit abschaffen wollte, weil sie dachte, der Markt regelt alles, weil deshalb aus gutem Grunde nicht mehr unter uns.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

– Richtig, da sitzen jetzt andere! – Würde der Markt nämlich alles zum Wohle der Menschen regeln, bräuchten wir in der Tat keinen Mindestlohn im Vergabegesetz. Aber Niedriglöhne und auch Tariflöhne, die Niedriglöhne sind, sind leider die Realität – dass also Vollzeitarbeit nicht zum Leben reicht. Deshalb haben wir das aus gutem Grund in das Vergabegesetz hineingeschrieben.

Auch die CDU ist ins Umdenken gekommen. Die Bundesregierung braucht da noch etwas Zeit, aber wir haben hier mit der Berliner CDU die Forderung, dass diese 8,50 Euro in das Vergabegesetz aufgenommen werden sollen, in die Koalitionsvereinbarung hineingeschrieben. Dass dabei die Sozialpartner gehört werden sollen, ist sicherlich richtig.

Auch bei den anderen Kriterien hat die CDU deutlich ihre Meinung geändert. Das dumme Wort von den „vergabefremden Kriterien“ führt sie nicht mehr im Munde. Dass das Gesetz, wie gesagt, insgesamt weiterentwickelt werden soll, entsprach auch schon der ursprünglichen Intention, die wir damals noch mit der Linksfraktion hineingeschrieben haben. Der Vergabebericht, der in anderen Ländern praktiziert wird, ist sicherlich auch für Berlin keine schlechte Idee.

Die von der Linkspartei angesprochenen Fragen der Kontrollkommission und der Struktur der Vergabestellen hat auch die Koalition auf dem Schirm, wie man auf Seite 7 der Koalitionsvereinbarung nachlesen kann. Wir werden die Anträge der Linksfraktion selbstverständlich im Wirtschaftsausschuss diskutieren, sobald sich dieser konstituiert hat. Herr Wolf! Ob nun eine gesetzlich verankerte Mindestpersonalstärke der Kontrollgruppe eine gute Idee ist, um deren Arbeitsfähigkeit zu garantieren und eine „stärkere Gesetzesbeachtung zu erreichen“, wie es in Ihrer Begründung heißt, möchte ich mal dahingestellt sein lassen. Das scheint mir doch sehr von planwirtschaftlichem Denken geprägt zu sein.

[Zuruf von Gerwald Claus-Brunner (PIRATEN)]

Aber ich freue mich, wenn wir im Ausschuss dieses Gesetz diskutieren werden. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Präsident Ralf Wieland:

Für die Grünen hat nun Kollege Esser das Wort. – Bitte!

Joachim Esser (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! 8,50 Euro Mindestlohn im Vergabegesetz halten wir für richtig, werden wir unterstützen, und ich stimme dem zu: Dass wir das überhaupt müssen und uns dann hier kleinlich über das Vergabegesetz streiten, liegt natürlich daran, dass es bisher nicht gelungen ist, bundesweit die Frage einer Lohnuntergrenze zu regeln. Im Blick auf die Kolleginnen und Kollegen der CDU kann ich sagen: Wenn Sie Lohnuntergrenzen suchen und einmal in die einschlägigen Tarifverträge schauen, die Ausreißer nach unten und oben einmal wegnehmen, und schauen, wo die Mindestlöhne liegen, dann ist durchaus alles im Bereich zwischen 8 Euro und 10 Euro berechtigt. Insofern dulden diese 8,50 Euro in unserem Vergabegesetz keinen Aufschub. Ansonsten rennt noch die Zeit davon, und dann müssen wir andere Beträge einsetzen.

Zu sagen, es sei Planwirtschaft, dass eine Kontrollgruppe eingerichtet wird, Herr Jahnke, kann ich überhaupt nicht verstehen. Wir haben immer wieder – auch an Ihrem alten Gesetz – kritisiert, dass man viel reinschreiben kann, aber keiner kontrolliert es. Das entspricht den Tatsachen und Tatbeständen. Frau Matuschek wird sich ähnlich wie ich zum Beispiel daran erinnern, dass wir vor Jahr und Tag im Vermögensausschuss einmal die CFM als Tochtergesellschaft der Charité beim Wickel hatten und erschrocken darüber waren, was sich dort bei verschiedenen Berufsgruppen alles abgebildet hatte. Dass man heute, wenn man auf das Gelände der Charité geht, streikende Kolleginnen und Kollegen der CFM sieht, ist kein Wunder. Es ist Ihnen in all den Jahren gar nicht gelungen, diese Vergaberegeln in der Verwaltung und erst recht nicht bei Unternehmen des Landes Berlin dahin gehend durchzusetzen, dass sie auch eingehalten werden.

[Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN –
Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Das stimmt nicht,
Herr Esser!]

Da kann man jetzt nur hoffen, dass sich diese Zeiten in Zukunft ändern werden.

Schwierig finde ich an dem Antrag – den kann man praktisch schlüsselfertig aus der Gewerkschaftsschublade ziehen, deshalb ist er auch so schnell da –, dass er sehr begrenzt ist. Es stehen in der Frage des Vergaberechts – Frau Matuschek, das müssten Sie auch wissen – auch noch andere Dinge an. Ich verstehe ja, Ihre Partei ist ja ein Restbestand einer Abspaltung von der Sozialdemokratie von 1918

[Heiterkeit –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN –
Zurufe]

(Joachim Esser)

und um das soziale Anliegen zentriert, aber auch das sollte Sie doch eigentlich nicht daran hindern, mit uns zusammen über den Tellerrand zu gucken. – Werte Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratie! Ihr seid da ja auch nicht besser. – Das beginnt damit, dass man auch in der Frage der Beschaffungen nicht ignorieren kann, dass zurzeit das größte Problem und die größte Herausforderung vor der die Menschheit steht, die ökologische Frage ist.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Wir stehen vor einer Situation, wo jeder weiß, dass der Lebensstil und die Produktionsweise, die wir haben, vielleicht für eine Minderheit in der Welt gangbar ist, aber nicht – das ist auch eine soziale Frage – für die Menschheit als ganze. Diese Dinge müssen sich ändern. Wie ändert man das?

[Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Wir wollen jetzt bei 8,50 Euro anfangen und nicht in der ganzen Welt!]

Das ändert man nur vor Ort an jeder einzelnen Stelle, und deswegen stimme ich gern Ihren 8,50 Euro zu, Herr Albers, möchte aber einmal von Ihnen erleben, dass die ökologische Ausrichtung – die ist in diesem Vergabegesetz schwach ausgeprägt – geschärft wird. Ich wüsste gern – Sie haben das in eine Rechtsverordnung geschoben –, wo diese Rechtsverordnung eigentlich geblieben ist. Frau Lompscher hätte das machen müssen. Die liegt uns bis heute hier im Abgeordnetenhaus nicht vor.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Sie haben an dieser Stelle das Gesetz in den vergangenen Jahren nicht umgesetzt.

[Hä? – von der LINKEN –
Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Wieso denn?]

Ich erwarte von der neuen Koalition, dass sie das nachholt, und ich erwarte von Ihnen, dass Sie Ihre Haltung in der Frage ändern, meine Damen und Herren von der Linkspartei.

[Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Herr Esser, wieso denn?]

Der dritte Punkt ist – das wissen wir alle –: Wir müssen die Korruptionsfrage hier verhandeln. Wir müssen hier verhandeln, wie Vergaben unterhalb der europäischen Schwellenwerte, da, wo das EU-Recht und das Gesetz zur Wettbewerbsbeschränkung nicht greifen, geregelt werden. Dazu hatten wir Ihnen auch hier einen Vorschlag gemacht, den Rot-Rot abgelehnt hat. Auch dies ist eine Sache, die man unbedingt im Vergaberecht ändern muss.

Wir werden dem Gesetz, so, wie Sie es vorlegen, zustimmen, aber ich fordere umgekehrt auf, falls wir hier in der Opposition etwas gemeinsam machen wollen: Gucken Sie über den Tellerrand, und lassen Sie uns dieses Haus dafür gewinnen, dass sich neben Mindestlohn auch die Aspekte ökologischer Beschaffungskriterien und Korruptionsfestigkeit im Vergaberecht ändert.

[Beifall bei den GRÜNEN und den PIRATEN]

Ansonsten greifen Sie mit Ihrem Ansatz auf immer nur diesen einen einzigen Punkt, Herr Albers, entschieden zu kurz.

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abgeordneter!

Joachim Esser (GRÜNE):

Da sind wir anders aufgestellt. Da unterscheiden wir uns von Ihnen.

[Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Nur in der Lautstärke!]

Das wird man vielleicht im Laufe dieser Legislaturperiode sehen, aber ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass auch Sie zur Einsicht kommen.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Für die Fraktion der CDU hat der Abgeordnete Melzer das Wort.

Heiko Melzer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich versuche es mal weniger laut, aber dafür vielleicht mit dem einen oder anderen inhaltlichen Zungenschlag. Die Linke beglückt uns hier mit einem weiteren Antrag aus der Kiste „Zehn Jahre regiert, dort nicht durchgesetzt“. Vor zwei Wochen war es das Straßenausbaubeitragsgesetz, das Sie abschaffen wollten – CDU und SPD werden es jetzt abschaffen –, und jetzt ist es das Vergabegesetz, über das Sie hier diskutieren wollen.

[Uwe Doering (LINKE): Wird auch Zeit! –
Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Haben Sie gut gemacht!]

Hier zählt auch, Herr Albers: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil.

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Heiko Melzer (CDU):

Ich möchte gern erst einmal zitieren und dann weiter fortfahren. – Dort steht nämlich drin:

Die Koalition hält an dem Vergabegesetz fest. Der Senat soll künftig in regelmäßigen Abständen einen Vergabebericht vorlegen, der die Wirkung des Gesetzes sowie die Arbeit der Vergabestellen und der im Gesetz vorgesehenen Kontrollkommission untersucht. Auf dieser Grundlage soll eine Evaluierung in den nächsten zwei Jahren durchgeführt werden. Der im Vergabegesetz festgeschriebene

(Heiko Melzer)

Mindestlohn für öffentliche Aufträge wird durch den neuen Senat auf 8,50 Euro angehoben.

Zusammengefasst bedeutet das: Das Vergabegesetz bleibt, der Vergabebericht kommt, das Entgelt von 8,50 Euro kommt, die Kontrollkommission kommt, und die Evaluierung des Gesetzes kommt.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Herr Abgeordneter! Gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage?

Heiko Melzer (CDU):

Ich würde ganz gern auf eine Zwischenfrage verzichten wollen.

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Sehr wohl!

[Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Sie sollen sie ja auch beantworten!]

Heiko Melzer (CDU):

– Vielleicht hören Sie zu, und dann ist es möglich, dass sich Ihre Fragen erübrigen, denn immerhin ist es so, dass die Forderungen, die Sie hier gestellt haben, mit dem, was wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, obsolet sind. Die Koalition hat sich auf all diese Positionen geeinigt, und wir werden diese Punkte auch in die gesetzliche Umsetzung des Koalitionsvertrages bringen, dies sicherstellen, partnerschaftlich und in Verantwortung für Berlin.

Sie hätten lange Zeit gehabt, den Mindestlohn auf 8,50 Euro pro Stunde anzuheben, über eine Verordnung, die der Senat hätte zustimmend zur Kenntnis nehmen müssen. Wir werden unsere Entscheidungen zum Mindestlohn zukünftig an objektiven Kriterien ausrichten, an sich verändernder wirtschaftlicher und sozialer Dynamik und deren Verhältnissen. Wir werden die Sozialpartner, die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmervertretungen in diesen Prozess einbinden. Auch das haben wir vereinbart, auch das ist richtig, und das müssten Sie eigentlich auch unterstützen. Vertrauen in die Gewerkschaften und in die Arbeitgeberverbände sollten wir alle in diesem Haus haben.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Grundsätzlich gilt für uns weiterhin: Derjenige, der arbeitet, soll mehr bekommen als derjenige, der nicht arbeitet, und jeder soll von seiner Hände Arbeit leben können. Auch da benötigen wir nicht Ihre Nachhilfe.

Die CDU hat auf ihrem Bundesparteitag kürzlich eine Lohnuntergrenze für all jene Arbeitnehmer beschlossen, die bislang ohne tarifliche Vereinbarung arbeiten. Wir vertrauen darauf, dass die Tarifvertragsparteien in ihrer Verantwortung eine Lohnuntergrenze definieren und festlegen, und zwar branchenspezifisch und mit regionalen Unterschieden. Damit hat zukünftig jeder und jede Arbeit eine Lohnuntergrenze, weil es uns wichtig ist, dass jeder von seiner Arbeit leben kann.

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Gleichzeitig wissen wir, dass Arbeitgeber und Gewerkschaften ihre jeweiligen Märkte und Voraussetzungen für die Lohnhöhen sehr genau kennen. Deswegen binden wir auch die Sozialpartner bei zukünftigen Entscheidungen ein, und deswegen haben wir auch in der Koalitionsvereinbarung entschieden, dass die Sozialpartner in diesen Absprachen anzuhören und zu beteiligen sind.

Die Linke gibt in einem weiteren Antrag vor, dass die verstärkte Kontrolle des Vergabegesetzes für sie von besonderer Bedeutung ist. Herr Wolf! Als wir in den Haushaltsberatungen und im Wirtschaftsausschuss in den vergangenen Jahren immer wieder eine Stärkung der Kontrollinstanzen forderten, haben Sie das abgelehnt. Sie hörten sich da noch ganz anders an.

[Harald Wolf (LINKE): Sie sollen nicht lügen!]

Es ist schon eigenartig, wie sich die Zeiten ändern.

Sie formulieren hier, dass eine Kann-Bestimmung verändert werden soll. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass im derzeit geltenden Vergabegesetz die Kann-Bestimmung überhaupt nicht enthalten ist. Hier steht: „Der Senat richtet dazu eine zentrale Kontrollgruppe ein.“ Das war Ihre Verantwortung, Herr Wolf. Es wäre dienlicher gewesen, an diesem Punkt in der Regierungszeit zu handeln, als heute nur zu fordern.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der SPD –
Harald Wolf (LINKE): Die Vorlage ist so
beschlossen worden!]

Zusammenfassend stelle ich fest, dass wir ein Vergabegesetz benötigen. Wir brauchen ein Vergabegesetz, das sich dynamisch entwickeln kann, dessen Wirksamkeit nach einiger Zeit überprüft, das nachgebessert und an die Realität angepasst werden kann. Das werden wir in unserer Evaluation des Vergabegesetzes sicherstellen. Das gilt auch für die Überprüfung der Kontrollinstanzen sowie der Sanktionen. Sie werden uns allerdings gestatten, die gerade ausgehandelten Vereinbarungen zwischen CDU und SPD mit der nötigen Besonnenheit und Verantwortung selbst umzusetzen,

[Dr. Wolfgang Albers (LINKE): Was heißt das denn?]

wie es die Überschrift unserer Koalitionsvereinbarung vorgibt: Berliner Perspektiven für starke Wirtschaft, gute Arbeit im sozialen Zusammenhalt. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Das Wort zu einer Kurzintervention hat Frau Abgeordnete Matuschek. – Bitte!

Jutta Matuschek (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Melzer! Bei dem Vorwurf, es hätte mit der Kontrolle nicht so richtig funktioniert, haben Sie offensichtlich in der letzten Legislaturperiode nicht so wirklich zugehört. Es ist an Ihrem jetzigen Koalitionspartner SPD gescheitert. Ich bin gespannt, wie Sie als CDU die Kontrolle durchsetzen werden. Wir werden Sie gemeinsam daran messen, sowohl die SPD als auch Sie als CDU.

[Beifall bei der LINKEN –
Beifall von Martin Delius (PIRATEN)]

Herr Melzer! Ich hatte eigentlich nur eine einzige Frage. Wann nehmen Sie die Anpassung auf 8,50 Euro vor? Sie haben uns hier lang und breit erklärt, was Sie gemeint haben, im Koalitionsvertrag verankert zu haben. Mir ist daraus sehr deutlich geworden, dass Sie das auf die lange Bank schieben werden. Sie wollen erst ein Evaluationsverfahren. Dann wollen Sie ein Anhörungsverfahren. Dann wollen Sie das noch einmal mit den Lohnuntergrenzen vergleichen sowie vieles andere mehr. Am Ende kommt ein Gesetzesverfahren irgendwann einmal heraus, vielleicht einmal in zwei Jahren.

Wir sagen hier, dass eine Unterschrift des Regierenden Bürgermeisters reicht, der heute auch wieder gewählt wurde. Eine Unterschrift reicht, und das Ding ist dieses Jahr umgesetzt. Das ist die Forderung.

[Beifall bei der LINKEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Herr Melzer, möchten Sie erwidern? – Bitte sehr!

Heiko Melzer (CDU):

Meine Damen und Herren! Frau Matuschek! Herr Esser! Zehn Jahre werden wir mit Sicherheit nicht brauchen.

[Wolfgang Brauer (LINKE): Nun sagen Sie schon, wann Sie es machen. Geben Sie sich einen Ruck!]

Sie hatten diese Zeit und haben sie nicht genutzt. Diese Zeit werden wir nicht benötigen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU –
Dr. Wolfgang Albers (LINKE): So viel Zeit haben Sie auch nicht!]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Für die Piratenfraktion hat der Abgeordnete Reinhard das Wort. – Bitte!

[Uwe Doering (LINKE): Dann mal los!]

Fabio Reinhardt (PIRATEN):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Jetzt haben alle Fraktionen die Bälle hin und her gespielt. Nun sind auch die Piraten mit ihrem Senf an der Reihe.

Das Vergaberecht: Die Stoßrichtung des Antrags ist gut und durchaus unterstützenswert. Leider ist die Forderung zu allgemein gehalten. Wir würden gern noch einige Punkte hinzufügen.

[Uwe Doering (LINKE): Gern!]

Das Problem an dieser Stelle ist, dass nicht nur bei den Vergabestellen, sondern auch bei den Richtlinien und gerade im Antrag die genannten Aspekte Soziales, Ökologie und Frauenförderung zwar enthalten sind, uns jedoch noch einige Aspekte fehlen, vor allem die Themen Transparenz, Korruptionsbekämpfung und Rechtsstaatlichkeit, wozu ich jetzt einiges sagen werde.

Im Bereich der Transparenz sind die Unterschwelligkeitsbereiche ganz wichtig. Es müssen auch die Grenzen vor dem Konjunkturpaket II abgesenkt werden. Ganz wichtig ist aber auch die Transparenzpflicht im Unter- und Oberschwellenbereich. Dies ist auch eine Forderung aus dem Piratenwahlprogramm. Ein Offenlegen der Verträge sowie der Verhandlungen, die zur Vergabe geführt haben, ist wichtig. Die Nachvollziehbarkeit der Vergabeentscheidungen stärkt auch die Vertrauenskultur und Vertrauensbasis in die Politik und in die Verwaltung.

Der Schutz des Betriebs und des Geschäftsgeheimnisses, der an dieser Stelle ab und zu genannt wird, darf dabei notwendige Transparenz nicht verhindern.

[Beifall]

Die öffentliche Kontrolle ist auch die wirksamste Korruptionsprävention, weshalb die genannten Punkte auch der Korruptionsbekämpfung dienen. Wir haben in Berlin bereits ein Korruptionsregister. Dies ist eine wirksame Methode, um schwarze Schafe auszusortieren. Es sollte im Bundesrat darauf hingewirkt werden, ein einheitliches Register für Bund und Länder einzuführen.

[Beifall bei den PIRATEN]

Dabei kann übrigens – das sei angemerkt – ein Blick in das Korruptionsbekämpfungsgesetz von NRW hilfreich sein, das dort schon recht fortschrittlich ist. Eine Veröffentlichungspflicht wäre notwendig. Dies sollte auf beschränkte und freihändige Vergaben erweitert und gleich noch auf der Website www.bund.de veröffentlicht werden.

(Fabio Reinhardt)

Ich komme nun zum Punkt Rechtstaatlichkeit. Der Rechtsschutz im Unterschwellenbereich muss dem des Oberschwellenbereichs entsprechen. Dies ist auch übliche europäische Praxis.

[Beifall bei den PIRATEN]

Zudem muss in einem Vergabeverfahren jeder unterlegene Bewerber gesetzlich die Möglichkeit bekommen, ein Nachprüfungsverfahren anzustrengen. Momentan ist dies nur für den Zweiplatzierten möglich. Dies gebietet das öffentliche Interesse an einem fairen und rechtstreuen Vergabeverfahren.

Eine Anmerkung sei mir noch erlaubt. Aus dem Antrag der Linken war nicht ganz zu erkennen, ob die Vergabestellen – wenn die Zahl ausgeweitet würde und es mehr Stellen gäbe – eventuell nicht doch zu mehr Bürokratie führen. Eine Überlegung müsste noch sein, ob man vielleicht bestehende Vergabestellen ausbaut und eine Nachschulung für diese einführt. Das ist einer der Punkte, die wir hoffentlich auch im Ausschuss in extenso besprechen. – Danke schön!

[Beifall bei den PIRATEN –
Beifall von Heidi Kosche (GRÜNE)]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wird die Überweisung der Anträge an künftig für Wirtschaft zuständigen Ausschuss und an den künftigen Hauptausschuss empfohlen. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Ich ruf auf die

lfd. Nr. 2.4:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache [17/0027](#)

Transparenz bei Lobbyarbeit – ein öffentlich einsehbares Lobbyregister für Berlin!

Das ist die Priorität der Piratenfraktion mit Tagesordnungspunkt 7.

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Piratenfraktion vor, Drucksache 17/0027-1.

Für die Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu fünf Minuten zur Verfügung. Es beginnt die Piratenfraktion. Das Wort hat der Abgeordnete Reinhardt. – Bitte!

Fabio Reinhardt (PIRATEN):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, dass Sie mir ein zweites Mal zuhören! 2008 hat ein Skandal zu großen Schlagzeilen ge-

führt: Lobbyisten von Verbänden und Konzernen waren über Jahre hinweg an der Ausarbeitung von Gesetzen im Bundesministerium beteiligt. Dabei zahlte der Steuerzahler sogar noch drauf, wie ein interner Bericht des Bundesrechnungshofs an den Haushaltsausschuss des Bundestags feststellte. Zwischenzeitlich sollen über hundert sogenannte Externe im Bundesministerium gearbeitet haben. Der Bericht zeigte damals Wirkung. Die Praxis, Mitarbeiter aus der Wirtschaft ganz offen und auch noch aus Steuergeldern zu bezahlen und an den Gesetzen mitarbeiten zu lassen, ist inzwischen eingeschränkt worden. Es gibt inzwischen sogar einen Rundgang an die Orte, an denen sich die Politiker mit den Lobbyisten treffen. Das zeigt die Notwendigkeit für ein Lobbyistenregister.

Ich freue mich, dass wir auf Vorlage der Grünen heute über ein Thema sprechen, das wir bereits auf der konstituierenden Sitzung angesprochen haben. Es geht um die Aufgabe und die Frage, was die Rolle des Abgeordneten in diesem Haus eigentlich ist. Wir als Piratenfraktion sind noch dabei, in diese Rolle hereinzuwachsen. Aber auch wir haben schon Ideen und Impulse, denen Sie hoffentlich auch zustimmen können.

Das Mandat in diesem Haus ist viel mehr als ein Privileg,

[Uwe Doering (LINKE): Und manchmal eine Last!]

eine Pflicht, eine Bürde. Zu dieser Bürde gehört vor allem aber auch die Rechenschaft gegenüber den Bürgern. Dies ist nicht nur ein Heft, das am Ende der Wahlperiode veröffentlicht wird. Transparenz ist etwas, das nicht erst im Nachhinein, sondern auch im laufenden Verfahren passiert.

[Beifall bei den PIRATEN]

– Da hätte ich mir gewünscht, dass die anderen Fraktionen auch klatschen, aber trotzdem: Danke!

[Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN –
Zuruf von Oliver Höfinghoff (PIRATEN)]

Eine Pflicht des Mandates ist es, eine transparente Darlegung von Kontakten mit Inhaltsvermittlern, Interessenvertretern, mit eben Lobbyisten zu verfolgen. Nicht wir sind die Herren dieses Hauses, sondern die Bürger.

[Beifall von Christopher Lauer (PIRATEN)]

Daraus folgt, dass die Bürger auch das Recht haben, ungeschönt zu erfahren, wie Gesetze entstanden sind und welche Interessensvertreter dabei an welcher Stelle beteiligt wurden.

[Zurufe von Benedikt Lux (GRÜNE) und
Anja Kofbinger (GRÜNE)]

Deshalb muss dieser Rechenschaftspflicht konsequent nachgekommen werden. Ein Lobbyregister ist die konsequente Umsetzung dessen. Danke an dieser Stelle für die Vorlage der Fraktion der Grünen.

(Fabio Reinhardt)

Noch zwei Sätze, warum wir dazu einen Änderungsantrag eingebracht haben: Der Begründung des Ursprungsantrags kann seitens der Fraktion der Piraten grundsätzlich zugestimmt werden. Wir halten es jedoch für erforderlich, Schwerpunkte des einzureichenden Registers im Antragstext festzulegen. Die Einrichtung eines verpflichtenden Lobbyregisters ist für uns nicht nur ein Bekenntnis, sondern eine Anforderung. Die Ergänzung der verpflichtenden Registrierungen von Kirchen und religiösen Gemeinschaften gegenüber dem Lobbyregister der Europäischen Union halten wir aufgrund der Trennung von Staat und Kirche für wichtig. Die Klarstellung, dass Bürgerinnen und Bürger, die sich in eigenen Anliegen an die Landesregierung und an das Abgeordnetenhaus wenden, von der Verpflichtung ausgeschlossen sind, ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Ein Punkt ist noch die Schaffung einer Datenbank statt eines Registers. Dies ist kostengünstiger und weniger aufwendig als die Pflege eines Lobbyregisters.

Ich fasse zusammen: Mit Erstellung dieses Registers, das übrigens auch in anderen Bundesländern wie Brandenburg bereits intensiv diskutiert wird, schaffen wir eine gute Grundlage, um unseren ureigenen Pflichten, nämlich der transparenten Darstellung unserer Arbeit in diesem Hause gegenüber den Bürgern ein gutes Stück näher zu kommen. Lassen Sie uns daher diesen Schritt gemeinsam gehen.

[Beifall bei den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN
und der LINKEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Kohlmeier das Wort. – Bitte!

[Beifall bei den PIRATEN]

Sven Kohlmeier (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Reinhardt! Selbstverständlich mit Ansage! Den Kollegen der CDU muss man tatsächlich sagen, dass sie jetzt bei uns applaudieren müssen. Wir applaudieren selbstverständlich bei den Kollegen der CDU auch. Daran müssen wir uns ehrlicher Weise erst gewöhnen. Deshalb mit Ansage dem lieben Kollegen Rissmann mitgeteilt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es liegt mir fern, zu dem Antrag gleich zu Beginn meiner Rede deutlich zu machen, dass der Antrag leider wieder abgeschrieben ist. Sie erinnern sich an die erste Plenarsitzung, die wir miteinander hatten, bei der Sie letztendlich beim Abschreiben erwischt wurden, als es um den Hauptausschuss ging. Der Antrag, wer den Vorsitz im Hauptausschuss bekommen soll, war eins zu eins abgeschrieben. Bei dem jetzi-

gen Antrag, der heute vorliegt, wurde uns ein Antrag präsentiert, der am 23. März dieses Jahres wortgleich im Brandenburger Landtag beschlossen wurde, damals von den Regierungsfractionen SPD und Linkspartei eingebracht.

[Zuruf von den PIRATEN: Deshalb muss er nicht schlecht sein! –

Zurufe von den GRÜNEN und der LINKEN]

Es wird jetzt noch ein bisschen interessanter: Die Ursprungsinitiative für ein Lobbyregister wurde in Brandenburg unter der Drucksachenummer 17/52936 von der CDU in Brandenburg eingebracht.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der CDU und den PIRATEN]

– Applaudieren Sie ruhig! – Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen! Ich bin mir nicht ganz sicher, ob es noch die verflossene Liebe zur CDU ist, die Sie dazu bringt, Anträge der CDU abzuschreiben, ob Sie möglicherweise einfach nicht dazu kommen, eigene Anträge einzubringen, oder ob Sie vielleicht gar keine Idee mehr für diese Stadt haben.

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Zurufe von Stefan Gelbhaar (GRÜNE) und
Joachim Esser (GRÜNE)]

Das Anliegen des Antrages wird von allen Fraktionen in diesem Haus unterstützt. Da liegen wir alle nicht so weit auseinander. Ich habe mir erlaubt, die Rede des Brandenburger Kollegen Bischoff von der SPD

[Zuruf bei den PIRATEN: Abzuschreiben!]

– abzuschreiben, selbstverständlich!

[Heiterkeit bei den GRÜNEN, der LINKEN
und den PIRATEN]

Der Unterschied ist nur, weitestgehende Transparenz und Offenheit möchte ich dabei zeigen und sage es selbstverständlich vorher an. Sie können also jetzt gleichzeitig mitlesen, was der Brandenburger Kollege gesagt hat und was der Kollege Kohlmeier hier sagt.

Wichtig ist zunächst einmal zu sagen, was Lobbyismus konkret ist. Ich stelle eine kurze Definition aus Wikipedia voran:

Lobbyismus ist eine Methode der Einwirkung auf Entscheidungsträger und Entscheidungsprozesse im Rahmen einer festgelegten Strategie.

Wir alle hier im Parlament werden täglich mit Lobbyismus konfrontiert. Wir erhalten Briefe in den Abgeordnetenbüros, werden zu parlamentarischen Abenden und Führungen eingeladen. Man knüpft persönliche Kontakte mit uns, und durch Lobbyistenverbände werden gezielt Meinungen gemacht. Ich möchte ein bisschen Wasser in den Wein schütten. Wenn das Stichwort Lobbyismus fällt, denkt man sofort an Interessenvertretungsverbände,

(Sven Kohlmeier)

hat Lobbyvereine vor den Augen. Ich nenne ein paar, die Sie in dem Antrag nicht genannt haben: die Solarlobby,

[Andreas Gram (CDU): Aha!]

die Green-Economy-Lobby oder auch die Energie- und Klimaschutzagentur Deutschland, die mir gerade eine Einladung auf meinen PC per E-Mail geschickt hat. Allen dreien ist gemein, dass die Lobby Geld verdienen möchte. Ich möchte aber auch dazu sagen, dass man gefühlt immer zwischen besserer und schlechterer Lobby unterscheidet. Es gibt auch den Städte- und Gemeindebund oder die Gewerkschaften oder auch den Berliner Anwaltsverein. Das sind auch Verbände, die sich für Interessengruppen einsetzen. Dazwischen – das will ich hier sehr deutlich machen – gibt es eine Grauzone. Mit dieser müssen wir uns auseinandersetzen, und deshalb wird der Antrag von uns im Grundsatz unterstützt.

Für das weitere Vorgehen, weil der Antrag durchaus offen lässt, wie es denn letztendlich sein soll, werden wir den Antrag im Rechtsausschuss, der dann einzusetzen ist, noch beraten, weil der Ansatz eines Lobbyregisters richtig und ein guter Ansatz ist.

Kein guter Ansatz in Ihrem Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ist es – ich möchte es als unredlich bezeichnen –, wenn Sie in den Ausführungen in der Begründung des Antrages wie folgt schreiben:

Lobbying findet nicht nur bei Abgeordneten statt, sondern insbesondere in Senatsverwaltungen.

Weiter schreiben Sie:

Immer häufiger tragen Referentenentwürfe aus Senatsverwaltungen schon maßgeblich die Handschrift der einflussreichsten Interessengruppen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen! Es wird ein bisschen deutlich, dass Sie lange Zeit nicht in den Senatsverwaltungen gesessen haben und nicht wissen, was da vonstatten geht und wer eigentlich die Referentenentwürfe schreibt.

[Beifall bei der SPD –

Christopher Lauer (PIRATEN): Es ist ja nicht transparent!]

Wenn Sie dann solche Behauptungen in solchen Anträgen aufstellen, dann nennen Sie doch einfach mal Ross und Reiter. Sagen Sie doch einfach einmal, welche Senatsverwaltung, in der insbesondere Lobbying stattfinden soll, gemeint ist, wo sich angeblich die Lobbyisten die Klinke in die Hand geben. Ich jedenfalls kann das für Berlin nicht sehen. Mir ist ein solcher Fall auch nicht bekannt.

[Martin Delius (PIRATEN): Sie können ja mal nachgucken! – Zurufe von den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Herr Abgeordneter! Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Sven Kohlmeier (SPD):

Nein! – Zum Änderungsantrag der Piraten: Bei allem Verständnis liebe Kolleginnen und Kollegen von den Piraten, ein Stück weit haben Sie auch noch Welpenschutz, aber Änderungsanträge müssten Sie rechtzeitig einreichen. Es geht nicht, dass Sie den Änderungsantrag einen Tag vorher einreichen und man sich damit ernsthaft inhaltlich auseinandersetzen soll.

[Martin Delius (PIRATEN): Ist vor einer Woche angekündigt worden im Internet! –

Uwe Doering (LINKE): Sie können bis zum Aufruf des Tagesordnungspunktes einreichen!]

Der ist vier Seiten lang. – Lassen Sie uns im Wettstreit der Ideen diesen Antrag im Rechtsausschuss ordentlich beraten. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Behrendt das Wort. – Bitte!

[Wolfgang Brauer (LINKE): Das müssten Sie eigentlich rügen, eine solche Bemerkung, Frau Präsidentin!]

Dirk Behrendt (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einen Dank an die Piraten, dass Sie unseren Antrag heute zur Priorität gemacht haben. Auf weiterhin gute Zusammenarbeit in der Bürgerrechtspolitik!

Nach jahrelangen Diskussionen ist auch in Berlin die Einführung eines verbindlichen Lobbyregisters angezeigt. So kann die notwendige Transparenz geschaffen werden, welche die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz unseres Handelns erhält. Ich finde es besonders passend, dass wir heute, an dem Tag, an dem die Parteien CDU und SPD sich zusammengetan und eine rot-schwarze Koalition geschlossen und die auch realisiert haben und wieder an die Fleischtöpfe dieser Stadt wollen, diesen Antrag zum Lobbyregister diskutieren.

[Sven Kohlmeier (SPD): Wollten Sie doch auch! Sie wollten regieren!]

Ich kann mir eigentlich keinen besseren Zeitpunkt vorstellen.

[Beifall bei den GRÜNEN und den PIRATEN – Beifall von Regina Kittler (LINKE)]

Es ist auch so – da haben Sie recht, Herr Kollege Kohlmeier –, nicht die Tätigkeit des einzelnen Lobbyisten

(Dirk Behrendt)

bringt unser Handeln als Abgeordnete in Misskredit, sondern die Ungewissheit, welchen Einflüsterungen und Verlockungen wir unterliegen und ob diese sich auf unser Denken, Handeln und auch Abstimmen auswirken. Auch hier vielleicht, Herr Kollege Kohlmeier, gucken Sie sich mal an, welche Tätigkeit aus den Senatsverwaltungen, insbesondere Gesundheit, zum Stichwort Nichtraucher-schutz, insbesondere Verkehr und Bauen, in den letzten Jahren vorgelegt wurden. Ich glaube, da sieht man sofort, welcher Einfluss von welchen Lobbygruppen sich hier Bahn gebrochen hat.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Sven Kohlmeier (SPD): Welcher denn?]

Aktueller Anlass für unseren Antrag ist die von der „taz“ enthüllte Tätigkeit der Atomlobby. Da gibt es vielfältige Tätigkeiten, die sie entfaltet hat, um die Akzeptanz für die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke zu erwirken. Zu erinnern sei nur, dass sie sich falsche Expertise eingekauft haben – Herr Prof. Schwalbach von der Humboldt-Universität spielt da eine sehr unrühmliche Rolle –, dass sie Presseberichterstattung versucht haben zu steuern – mit Erfolg – und dass sie vermeintlich objektive Redner mit Redemanuskripten von sich ausgestatten haben. Im Chemierechtbereich und in der Lebensmittelindustrie gibt es ähnliche Tätigkeiten. Ob allerdings auf Landes- – das ist eine interessante Frage –, der europäischen und der Bundesebene vergleichbare Lobbytätigkeit entfaltet wird und ob man deshalb ähnlich ausführliche Register braucht, wie man sie auf europäischer Ebene hat und im Bundestag diskutiert, werden wir im Rechtsausschuss diskutieren müssen.

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter?

Dirk Behrendt (GRÜNE):

Nein, momentan nicht! Meine Redezeit rast, und das ist ein wichtiges Thema.

Ein Wort zu den Änderungsanträgen der Piraten: Ich habe ein bisschen Bedenken, ob ihr nicht über das Ziel hinaus-schießt, ob ihr nicht bürokratische Monster schafft.

[Zurufe von der SPD und der CDU]

Da soll jeder Kontakt eines Lobbyisten mit einem Abgeordneten registriert werden. Das werden wir uns im Ausschuss sicherlich noch im Einzelnen ansehen. Ich glaube, man muss sich wirklich fragen: Wer muss wann was über die Lobbytätigkeit wissen? Dazu gehört nicht unbedingt jeder einzelne Kontakt eines Abgeordneten mit einem Lobbyisten. Das ist, glaube ich, eher ein bürokratisches Monster. Allerdings ist es wichtig, in diesem Bereich – es passiert viel im Verborgenen, insbesondere auf Bundes- und Europaebene, aber auch hier –, Transparenz zu schaffen. Dazu gehört unbedingt, dass die Tätigkeit der Lobbyisten in den Senatsverwaltungen erfasst wird. Ich möchte

wissen, wer sich dort auf den Fluren, wer sich dort in den Kantinen herumtreibt

[Sven Kohlmeier (SPD): Treibt sich keiner rum!]

und wer dort versucht, Einflussnahme auszuüben. Wir haben uns in der letzten Legislaturperiode darauf verständigt, dass der Senat in Zukunft kenntlich machen muss, wenn er externe Expertise in die Gesetzentwürfe einfließen lässt – Stichwort: Footprint. Das ist eine gute Übereinkunft. Ich bin gespannt, wie das in der Praxis gehandhabt wird. Dieses Lobbyregister ist eine Ergänzung, um noch größere Transparenz zu schaffen.

Ich bin jedenfalls gespannt darauf, wie wir darüber im Rechtsausschuss diskutieren werden. Wir haben es bewusst offengehalten, welche Form das Lobbyregister haben soll, was darin stehen soll, ob es eines Gesetzes bedarf, ob wir es in die Geschäftsordnung schreiben und wie wir das mit den Rechtsanwälten handhaben. Das sind alles interessante Fragen, über die wir im Ausschuss diskutieren werden.

Es gibt in Brandenburg – Kollege Kohlmeier hat es bereits erwähnt – seit fast einem Jahr eine sehr breite Debatte über die Einführung eines Lobbyregisters. Dort ist die Debatte erfreulicherweise von der CDU angestoßen worden.

[Sven Rissmann (CDU): Hört, hört!]

Diese Debatte wollen wir uns zunutze machen und wollen das auch für Berlin nutzbar machen. In Brandenburg wird es von Grünen, Linken und SPD unterstützt. Ich hoffe, dass wir hier im Haus eine Übereinkunft erzielen und das gemeinsam einführen. Ich glaube, das wäre ein gutes Zeichen für die Schaffung von mehr Transparenz in unserer Tätigkeit. – Danke schön!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN
und den PIRATEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Rissmann das Wort – bitte!

Sven Rissmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Viele von uns sind im Moment dabei, ihre Rolle zu finden, zu suchen und hoffentlich zu finden. Ich fange bei mir an:

[Martin Delius (PIRATEN): Ja, mach'!]

Eigentlich könnte ich mich kurz fassen und sagen: Der Kollege Kohlmeier hat recht. Es ist für mich auch eine neue Erfahrung – zumindest, das an dieser Stelle zu sagen.

[Sven Kohlmeier (SPD): Mir gefällt es!]

(Sven Rissmann)

Das würde aber auch ein bisschen zu kurz greifen. Auch die Grünen und die Piraten sind dabei, ihre Rollen zu finden. Für mich entsteht irgendwie der Eindruck, dass eine Fusion zwischen Grünen und Piraten bevorstehen könnte. Das Interessante dabei wäre, dass wir dann drei Parteien in einer Fraktion hätten. Das wäre vielleicht auch eine neue Erfahrung.

[Martin Delius (PIRATEN):
Neue Mehrheitsverhältnisse!]

Dankenswerterweise darf ich heute nach Herrn Behrendt sprechen. Das gibt mir die Möglichkeit, das eine schöne Wort aufzugreifen, das Sie gerade genannt haben: Fleischtöpfe. Sozis und Christdemokraten würden das tun, weil wir wieder an den Fleischtöpfen sind. – Ich hatte gestern Abend die Gelegenheit, „RBB“ zu sehen, das Magazin „Klartext“. Dort ist unter anderem von Ihrer Parteiversammlung berichtet worden. Ich darf an dieser Stelle Ihren ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Ratzmann zitieren: Und du, Dirk, wolltest an die Fleischtöpfe der Macht. Nun übernimm auch Verantwortung!

[Beifall bei der CDU und der SPD –
Martin Delius (PIRATEN): Und jetzt zur Sache!]

Herr Behrendt! Es tut mir leid, aber das mit der Bigotterie ist schon ein Thema.

[Heiko Thomas (GRÜNE): Drei – zwei –
eins – meins!]

Sie, der im Wahlkampf die Füße in der Hoffnung stillgehalten haben, dass Christdemokraten Frau Künast zur Bürgermeisterin wählen und für Sie dabei nebenbei auch noch etwas abfällt, behaupten jetzt, wir seien die dunkle Seite der Macht. – Solche Sprüche hört man. – Gleichzeitig lassen Sie sich in Kreuzberg von unseren CDU-Bezirksverordneten in das Bürgermeisteramt wählen – auch das hat mit Fleischtöpfen zu tun. Das ist mehr als bemerkenswert.

[Beifall bei der CDU und der SPD –
Martin Delius (PIRATEN): Keine Nacherzählungen! –
Zurufe von den PIRATEN: Zum Thema!]

Darüber hinaus hat Herr Behrendt seinen von der CDU abgeschriebenen Antrag damit begründet,

[Heidi Kosche (GRÜNE): Sie haben zur
Sache überhaupt nichts zu sagen!]

es gebe ein unredliches Wirken der Atomlobby. Gut, das will ich gar nicht bewerten.

[Beifall und Lachen bei den PIRATEN]

Eines steht aber fest: Atomlobby gibt es hier im Land Berlin nicht. Wir haben keine Atomkraftwerke,

[Zurufe von den GRÜNEN]

wir entscheiden nicht über die Fortdauer von Laufzeiten. Das hat mit Berliner Landespolitik nichts zu tun

[Beifall bei der CDU –
Zurufe von den GRÜNEN]

und ist deshalb einzig und allein vielleicht dem Höhenflug geschuldet, den der Kollege Behrendt meint, anstreben zu müssen.

[Martin Delius (PIRATEN): Ah! Zur Sache! –
Zuruf von Dirk Behrendt (GRÜNE)]

– Danke, Herr Behrendt! Jetzt komme ich zur Sache, da kann ich mich relativ kurz halten.

[Ah! von den GRÜNEN und den PIRATEN –
Wolfgang Brauer (LINKE): Auf welchem
Stern sind Sie denn gelandet, Herr Kollege? –
Zurufe von den GRÜNEN]

Der Antrag fordert mehr Transparenz bei politischen Entscheidungsfindungsprozessen, um

... unlautere Einflüsse zu neutralisieren und einen bösen Schein zu vermeiden.

Das ist gut und richtig. Wer wird dagegen sein? – Es wird keiner hier dagegen sprechen. Da sind sich wahrscheinlich – wie es der Kollege Kohlmeier schon gesagt hat – alle Fraktionen grundsätzlich einig. Der Deutsche Bundestag hat schon seit 1971 – soweit ich weiß – ein solches Lobbyregister, in dem wohl zurzeit über 2 000 Verbände gelistet sind. Im Europäischen Parlament gibt es das wohl auch.

[Lachen von Joachim Esser (GRÜNE)]

Da sind es allerdings nur 460. Auch darüber könnte man einmal reden. Die Frage ist also nicht, ob man auch hier in Berlin ein Lobbyistenregister benötigt, sondern nur, wie man es im Einzelnen ausgestaltet, regelt, sanktioniert, pflegt und anderes mehr. In diesem Zusammenhang sind viele Fragen – vornehmlich im Rechtsausschuss – zu klären: Die der verfassungsrechtlichen Dimension: Welche Institutionen sollen, müssen und können einbezogen werden? Wie wollen wir das regeln: durch Parlamentsgesetz und/oder in der Geschäftsordnung oder auf ganz andere Weise? Welche Angaben sollen in diesem Register erfasst werden? Wo ist die Grenze, die der Datenschutz setzt? Welcher administrativer Aufwand und welche Kosten entstehen? – All dies werden wir in aller sachlicher Ruhe im Rechtsausschuss diskutieren. Am Ende werden wir bestimmt – wie bei allen anderen Maßnahmen, lieber Kollege Behrendt, die wir in der letzten Wahlperiode unter dem Aspekt der Korruptionsbekämpfung gemeinsam einvernehmlich geklärt haben – dies auch bei diesem Thema schaffen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Für die Fraktion Die Linke hat der Abgeordnete Dr. Lederer der Wort. – Bitte sehr!

Dr. Klaus Lederer (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde es putzig, bei den Rollenfindungsprozessen zuzuschauen. Auch ich werde mich bemühen, meine neue Rolle anzunehmen. Es ist, glaube ich, meine erste Rede als waschechter Oppositionsabgeordneter.

Lieber Kollege Kohlmeier! Ich habe mir früher hin und wieder erlaubt, bei der SPD nicht zu klatschen, wenn ich es nicht für richtig gehalten habe, was da erzählt worden ist. Wenn ich mir die Koalitionsvereinbarung ansehe, kann ich mir aber schon vorstellen, dass Sie mit unsichtbarer Tinte hineingeschrieben haben, dass die CDU bei Ihnen immer zu klatschen hat. Das kann ich mir in der Tat vorstellen.

[Sven Kohlmeier (SPD): Unterschrieben worden! –
Joachim Esser (GRÜNE): Auf Augenhöhe!]

Auch in Bezug auf die Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, von denen mich vorhin einer aufforderte, ich müsse klatschen, wir seien doch jetzt gemeinsam in der Opposition, bemerke ich: Ich werde mir künftig vorbehalten, bei der einen oder anderen Regierungsrednerin oder dem einen oder anderen Regierungsredner Beifall zu spenden,

[Beifall bei der SPD, der CDU
und den PIRATEN]

wenn die vernünftige Dinge sagen. Und ich werde mir auch künftig vorbehalten, bei der einen oder dem anderen Oppositionsabgeordneten die Finger still zu halten, wenn ich merke, dass da Driss erzählt wird. Das soll es ja auch geben.

[Benedikt Lux (GRÜNE): Auch aus
der eigenen Fraktion? –
Heiterkeit bei den GRÜNEN –
Alexander Morlang (PIRATEN):
Quotiertes Klatschen!]

Eines muss ich in der Tat nicht tun: Die permanente moralische Überlegenheitspose der Grünen muss ich künftig nicht mehr auseinandernehmen. Das wird künftig die CDU machen. Das ist ganz in Ordnung so. Ich kann mich dann auf Sacharbeit konzentrieren – und das werde ich jetzt auch tun.

Die Linke teilt das Anliegen, größtmögliche Transparenz im Verwaltungshandeln und auch in der Gesetzgebung herzustellen. Deswegen begrüßen wir sowohl den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als auch den Änderungsantrag der Piratenfraktion. Ich finde, dass der Antrag der Piratenfraktion durch seine Konkretion hinsichtlich der Inhalte besticht. Ich finde auch die Orientierung an der EU-Transparency-Europe-Homepage nicht verkehrt. Das ist eine gute Grundlage.

[Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN]

Nun muss man sehen, was davon in Berlin passt und was nicht. Das soll die Debatte im Rechtsausschuss klären. Wir müssen das Fahrrad ja nicht neu erfinden.

Sanktionierungsmechanismen sind dringend erforderlich. Hier, lieber Kollege Rissmann, haben wir natürlich bei dieser laschen Liste des Bundestages aus dem Jahr 1972 nicht allzu viel, was es sich zu übernehmen lohnt. Es gibt jetzt im Deutschen Bundestag, auch von der Linken, auch von der SPD und den Grünen, entsprechende Anträge, das ein bisschen konkreter zu fassen. Ich finde, es müssen Sanktionen folgen, wenn nicht eingetragen wird. Ansonsten ist es Pillepalle und reichlich sinnlos, wenn es den Verbänden überlassen bleibt zu entscheiden, ob sie Lust haben, sich beim Bundestagspräsidenten zu melden, oder nicht.

Die kostenfreie Einsicht ist für uns auch ein Essential. Ich finde gut, dass der Piraten-Antrag das aufnimmt. Und ich finde auch, das der Verzicht auf die Ausnahme der Religionsgemeinschaften zeitgemäß ist. Die Trennung von Staat und Kirche ist nicht nur ein Vergnügen, sondern ein verfassungsmäßiges Essential. Dem sollten wir Rechnung tragen.

[Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN]

Der Grünen-Antrag dagegen ist zunächst ein Bekenntnis. Ob abgeschrieben oder nicht, ist mir völlig egal; mir kommt es auf die Inhalte an. Ohne ins Einzelne zu gehen: Er ist offener formuliert. In ihm deutet sich ein Problem an, das hier bisher noch keine Rolle gespielt hat und das uns noch beschäftigen wird.

Das Verfassungsideal geht davon aus, dass Gesetze aus der Mitte des Hauses eingebracht werden. Die Wirklichkeit ist eine andere. Die große Masse der Gesetze wird in der Regel von der Regierung erarbeitet und dann hier eingebracht. Der Lobbyismus setzt bei der Veränderung im Parlament an, wenn er vorher gegenüber der Verwaltung nicht erfolgreich war.

[Zuruf von Joachim Esser (GRÜNE)]

Das ist in Berlin in der Vergangenheit auch nicht anders gewesen, lieber Kollege Kohlmeier! Ich habe gerade einen Fachaufsatz über die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe geschrieben.

[Oh! von den Grünen]

Die große Koalition hat sich alles, aber auch wirklich alles von Externen zurarbeiten lassen.

[Zurufe von den Grünen]

– Liebe Grüne, hört doch mal zu! – Selbst die rot-rote Koalition hat 2003 bei der Novelle selbstverständlich auf Zurarbeiten von Rechtsanwaltskanzleien zurückgegriffen. Natürlich! Das wird auch zukünftig so sein. Da wir jetzt eine große Koalition haben, die der Stadt früher einmal den Ruf eingebracht hat, die Hauptstadt von Korruption und Filz zu sein, halte ich es zumindest nicht für aus-

(Dr. Klaus Lederer)

geschlossen, dass der eine oder andere Klientelismus wieder Einzug hält. Deswegen schadet es überhaupt nichts, wenn man entsprechende Vorkehrungen trifft.

[Beifall bei der LINKEN]

Wenn aber sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Senat Lobbyismus vorkommt, dann müssen wir vor dem Hintergrund der Gewaltentrennung gemeinsame Anstrengungen unternehmen. Es hat wenig Sinn, zwei Register einzuführen.

Da treffen wir auf ein verfassungsrechtliches Problem. Was da die richtige Vorgehensweise ist, sollten Senat und Abgeordnetenhaus miteinander besprechen. Insofern glaube ich, dass der Rechtsausschuss die erste Runde ist, dass man sich dort auf Eckdaten verständigt und danach in konkrete Kooperation darüber eintreten muss, wie man die Stelle errichtet. Es ist selbstverständlich, dass das auf Datenbasis passiert und keine Aktenordner in Schränken geführt werden. Das ist moderne Verwaltung, das müssen wir nicht extra in den Antrag schreiben, das gehört dazu. – Vielen Dank! Alles Weitere in den Beratungen in den Ausschüssen!

[Beifall bei der LINKEN und den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es wird die Überweisung des Antrags sowie des Änderungsantrags an den künftig für Recht zuständigen Ausschuss vorgeschlagen. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Für die lfd. Nr. 2.5 ist keine Priorität benannt worden. Ich komme also zur

lfd. Nr. 3:

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache [17/0010](#)

**Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes
über die Errichtung der Stiftung
„Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“**

Erste Lesung

Ich eröffne hiermit die erste Lesung. Für die Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu fünf Minuten zur Verfügung. Es beginnt die Fraktion Die Linke. Das Wort hat der Abgeordnete Brauer. – Bitte schön!

Wolfgang Brauer (LINKE):

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Mit Wirkung vom 1. Juli 2000 wurde vom Abgeordnetenhaus von Berlin die rechtsfähige Stiftung öffentlichen Rechts „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“ errichtet. Die Errichtung dieser Stiftung war zehn Jahre nach der Her-

stellung der deutschen Einheit überfällig. Die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stiftung geleistete Forschungs- und Vermittlungsarbeit ist, bei aller Umstrittenheit, in manchem Detail, das darf ich hinzufügen, für das historische Gedächtnis unserer Stadt unverzichtbar. Die Gründung der Stiftung stellte deren Arbeit endlich auf stabile Füße. Insbesondere gelang es seinerzeit, den Bund zur Übernahme auch finanzieller Mitverantwortung für die Einrichtung zu gewinnen, für eine Einrichtung, deren kulturpolitische Bedeutung über das Land Berlin weit hinausgeht.

Diese Entscheidung halten wir nach wie vor für richtig und stehen auch dazu. Allerdings – und das ist der Haken an der Sache; deshalb haben wir Ihnen heute diesen Antrag vorgelegt – erfolgte die Stiftungsgründung in der damaligen Zeit in einem landespolitischen Klima, das einigermaßen schwierig war. Ich darf Sie daran erinnern: Es war gerade die Zeit des Beginns der politischen Agonie der großen Koalition. Wie so oft, zeigt sich so etwas zuerst im Kulturbereich. Der CDU ging nach 100 Tagen eine fähige Kultursenatorin verloren. Deren Fehler bestand einfach darin, dass sie zählen und rechnen konnte. Die Senatorin stellte damals fest, dass ihr Zuständigkeitsbereich auf eine erbärmliche Weise unterfinanziert war. In einem anderen Bundesland wurde sie dann ob ihrer Fähigkeiten des Zählens und Rechnens eine erfolgreiche Wirtschaftsministerin. Die Schlussfolgerung ihres Nachfolgers und der ihn damals stützenden Koalition von SPD und CDU bestand darin – Herr Wowerit, Sie werden sich erinnern! –, die Haushaltslücken teilweise durch den Griff in die Taschen der Beschäftigten zu schließen. Das ist aber nicht so einfach. Wir hatten und haben im öffentlichen Dienst ein geltendes Tarifrecht. Also kam man auf die Lösung: Wir gründen Landesbetriebe einfach weiter aus, suchen weiter andere Rechtsformen jenseits der LHO-Betriebsstrukturen und passen bei künftigen Errichtungsgesetzen einfach besser auf als seinerzeit bei der Errichtung der Stiftung „Zentral- und Landesbibliothek“, für die die Anwendung des öffentlichen Tarifrechts zwingend ist. – So geschah es dann auch.

§ 8 des Errichtungsgesetzes sagt aus, ich zitiere:

Für die Stiftung ist die Anwendung des Tarifrechts des öffentlichen Dienstes ausgeschlossen.

Lassen Sie sich das bitte auf der Zunge zergehen: Der Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes schließt für seine Zuständigkeit die Anwendung des Tarifrechts des öffentlichen Dienstes aus – bei eigenen Betrieben! Unseres Erachtens ein Skandal sondergleichen! Deswegen hatten wir damals noch versucht, das Errichtungsgesetz zu ändern. Aber, wie gesagt, es war die Zeit der Agonie der großen Koalition. Ich verstehe das ja, damals war man sachlichen Erwägungen nur schwer zugänglich. Es wurde abgelehnt.

Inzwischen, spätestens seit dem 1. November 2010, gilt aber ein Tarifvertrag zur Angleichung des Tarifrechts des

(Wolfgang Brauer)

Landes Berlin an das Tarifrecht der Tarifgemeinschaft deutscher Länder. Nach dem Inkrafttreten dieser tarifrechtlichen Bestimmungen wandten sich die Beschäftigten der Stiftung „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“ an uns, auch an die Fraktion der SPD, wenn ich mich recht entsinne, und baten darum, das Errichtungsgesetz der Stiftung endlich so zu verändern, dass die entsprechende Regelung in § 8 anzupassen ist und das Tarifrecht des öffentlichen Dienstes auch auf die Stiftung „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“ angewendet wird.

Die Fraktion Die Linke unterstützt diese Forderung nachhaltig, und ich möchte Sie herzlich bitten: Schließen Sie sich unserer Position in der anstehenden Ausschussberatungen an! Das steht übrigens - es sei mir gestattet, das noch hinzuzufügen - in einer guten gewerkschaftlichen, sozialdemokratischen Tradition. Meine Kollegin Brigitte Lange wird das bestimmt bestätigen können. Wie gesagt, hier steht das Land in der Verantwortung. Es geht um eine Stiftung öffentlichen Rechts. Wer neue Institute aufmachen will, Herr Regierender Bürgermeister, der sollte erst einmal Sorge dafür tragen, dass die bestehenden ausreichend finanziert sind! Ich denke, Sie können das nachvollziehen. Ich glaube, hier kommen wir sehr schnell zu einer einvernehmlichen Lösung und können den bundesdeutschen Rechtsstandard herstellen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank!

[Beifall bei der LINKEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank, Herr Brauer! - Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Lange das Wort. - Bitte sehr!

Brigitte Lange (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Wolfgang Brauer! Sie haben gesagt, dass der Kulturhaushalt vor 2001 unterfinanziert war. Ich glaube, wir können uns gemeinsam an die Brust heften, dass dieses jetzt nicht mehr der Fall ist und dass wir auch auf diesem Level zumindest bleiben, dass der Kulturhaushalt ganz gut aussieht.

Sie haben es eben schon gesagt, die Anwendung des öffentlichen Tarifrechts für die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen wurde durch die Vorgaben des Berliner Abgeordnetenhauses bei der Stiftungsgründung 2000 ausgeschlossen. Die gleiche Situation gibt es bei der Stiftung „Berliner Mauer“. Auch hier wird das öffentliche Tarifrecht nicht angewandt -

[Wolfgang Brauer (LINKE): Schlimm genug!]

vielleicht wussten Sie das nicht. Zur Wahrheit gehört auch: Bei beiden Einrichtungen sollte mit dem Ausschluss des öffentlichen Tarifrechts eine größere Flexibilität erreicht werden, die den speziellen Anforderungen

der Einrichtungen entsprechen soll. Dies hat sich für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereits bewährt, da der Senat die Gehaltsabsenkung, die im Rahmen des Anwendungstarifvertrages für die Beschäftigten des Landes Berlin galt, in der Gedenkstätte Hohenschönhausen nicht angewandt hat, was auch als Anerkennung der Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gedenkstätte zu bewerten ist. Vor allem dieser Leistung ist es zu verdanken, dass die Gedenkstätte Hohenschönhausen einen großen Besucherzuwachs verzeichnet. Im Oktober dieses Jahres sind 43 000 Besucher gezählt worden. Das sind acht Prozent mehr als im Oktober 2010.

Grundsätzlich ist aber zu sagen, dass die Gestaltung der Arbeitsverträge der Gedenkstättenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter in der Verantwortung des Leiters der Gedenkstätte liegt; dies natürlich auch in den Grenzen des allgemeinen Besserstellungsverbot und des Haushaltes der Gedenkstätte.

Mir und uns ist auch unklar, warum Sie sich in Ihrem Antrag nur auf Hohenschönhausen beziehen, -

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Frau Abgeordnete?

Brigitte Lange (SPD):

Nein. - denn wie anfangs ausgeführt, gilt der Ausschluss des Tarifrechts für beide Einrichtungen: Stiftung Mauer und Stiftung Gedenkstätte Hohenschönhausen. Wenn wir über eine Angleichung der Personalkosten reden, müssen wir auf jeden Fall über beide Einrichtungen sprechen. Klar ist allerdings, dass dies auf jeden Fall zu erheblichen Mehrkosten führt. Das dürfen wir auch nicht vergessen. Ich denke, wir werden uns mit diesem Thema im Kulturausschuss noch ausgiebig beschäftigen. - Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! - Für eine Kurzintervention hat jetzt der Abgeordnete Brauer das Wort. - Bitte schön!

Wolfgang Brauer (LINKE):

Vielen Dank! - Frau Kollegin Lange! Ich möchte Sie nur fragen, ob Sie das Schreiben des Personalrates der Gedenkstätte Hohenschönhausen vom 28. März 2011 kennen. Entgegen Ihrer Aussage, dass dort alles zum Besten bestellt sei, teilen uns die Kolleginnen und Kollegen mit, ich zitiere:

Dagegen stagniert bzw. sinkt die aktuelle Einkommenssituation für die zwölf Stellen der fest angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Wolfgang Brauer)

Dann kommen Sie uns, wenn Sie das kennen, jetzt bitte nicht daher und teilen uns wider besseres Wissen mit, dass hier alles in Ordnung sei. Der Einwand, dass es nicht nur Hohenschönhausen betreffe, sondern auch die Stiftung Berliner Mauer, ist korrekt, aber ich denke, wir könnten und sollten die Probleme für beide lösen. – Vielen Dank!

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Frau Lange! Möchten Sie antworten? – Bitte!

Brigitte Lange (SPD):

Sehr geehrter Herr Kollege Brauer! Ich habe nicht gesagt, dass alles zum Besten bestellt ist, sondern ich habe gesagt, dass gerade die Mitarbeiter in der Gedenkstätte Hohenschönhausen nicht unter die Gehaltsabsenkung gefallen sind, die im Rahmen des Anwendungstarifvertrages für die Beschäftigten des Landes Berlin galt. Ich bitte Sie, jetzt hier kein großes Fass aufzumachen, sondern lassen Sie uns das im Kulturausschuss diskutieren!

[Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Danke schön! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Esser das Wort. – Bitte sehr!

Joachim Esser (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Brauer! Frau Lange! Das Thema passt sehr gut zu dem, was wir vorhin beim Mindestlohn diskutiert haben. Es ist eine richtige Initiative, an einer solch symbolträchtigen Gedenkstätte wie Hohenschönhausen zu thematisieren, wie dort die Gehaltssituation ist. Aber das greift deutlich zu kurz. Das hört auch nicht bei der Stiftung Mauer auf. Tatsache ist doch, dass die gesamte Gehaltssituation bei den Dienstleistern – sozialen, kulturellen – des Landes Berlin ein Problem ist,

[Beifall von Wolfgang Brauer (LINKE)]

und zwar in den Größenordnungen von etwa einer Viertelmilliarde Euro. Das wissen wir doch.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Da gehen die SPD und die CDU hin und machen einen Koalitionsvertrag zur Haushaltspolitik, und dann kommt das Problem nicht darin vor.

Rot-Rot hat uns einen Haushalt hinterlassen, in dem man zum Beispiel im Kultureinzelplan beim Titel Zuschuss an den Friedrichstadt-Palast Betriebsgesellschaft mbH Folgendes findet: Dort gibt es ein Mehr von 100 000 Euro wegen der Gewährleistung der Zahlung von Löhnen auf Basis des gesetzlichen Mindestlohns und ein Mehr von

200 000 Euro wegen Tariferhöhungen. Ich gönne das den im Friedrichstadt-Palast beschäftigten Kolleginnen und Kollegen. Aber gilt denn irgendetwas dieser Art für irgendein Sozialprojekt, für irgendein Jugendprojekt, für irgendeine Kita freier Träger, für irgendeine freie Schule? – Nein! Zehn Jahre lang hat sich da gar nichts bewegt. Das ist dann die Post, die wir bekommen, das werden andere im Vorfeld des Wahlkampfs auch bekommen haben. Das lese ich Ihnen mal vor, unter anderem die Firma Tandem. Da schreibt der Betriebsrat:

Seit nunmehr zehn Jahren wurden die Gehälter nicht mehr erhöht, es gelten noch immer in Ost und West getrennte Tarifgebiete. Ursache hierfür ist der Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen Senatsverwaltung und TandemSH ...

– Die machen Schulhilfe. –

Dies bedeutet inzwischen Gehaltseinbußen von etwa zehn Prozent. Für all diejenigen von uns, die im ehemaligen BAT-Ost-Bereich arbeiten, ist der Unterschied weit größer! Während sich der Senat einerseits auf die Fahnen schreibt, in seinen Aufträgen Auftragnehmer auf Tariftreue zu verpflichten, schreibt er TandemSH im Geschäftsbesorgungsvertrag vor, unter geltendem Tarif zu zahlen. Betreuerinnen und Betreuer, die an den Schulen mit entsprechender Aufgabenbeschreibung arbeiten, aber direkt beim Senat angestellt sind, werden inzwischen nach TVL-Berlin bezahlt ...

Die Frauenprojekte schreiben durch das Berliner Frauennetzwerk nach der Wahl:

In den Frauenprojekten sind hochqualifizierte Frauen seit Jahren engagiert tätig, viele jedoch ohne ein tarifgerechtes Entgelt. Wir fordern mit Nachdruck, dass auch in den Frauenprojekten endlich angemessene Tarife gelten und die dafür nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Nun könnte ich Ihnen noch mehr solche Briefe zeigen. Und überall ist der Zusammenhang so, dass Sie seit zehn Jahren zum Teil den Anwendungstarifvertrag zur Geltung gebracht und, da nicht korrigiert, Lohnrückerei betreiben, dann aber mit Ihrer Staatlichkeitsideologie hingehen und sagen: Guckt mal auf die freien Träger und die privaten Dienstleister, das ist alles Lohnrückerei, das muss man alles rekommunalisieren! – Sie weisen zum Beispiel gerne auf den Unterschied zwischen einer freien Kita in der Konkurrenz mit einem Kita-Eigenbetrieb hin. – Über eine solche Haltung bin ich fassungslos,

[Beifall bei den GRÜNEN]

weil wir doch dafür sorgen müssen, diese vielfältige Landschaft von sozialen Dienstleistern, die wir erhalten wollen, über die Zuwendungen und Zuschüsse so auszustatten, dass sie ihre Leute auch entsprechend bezahlen können.

(Joachim Esser)

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei der LINKEN
und den PIRATEN]

Das ist dann eben nicht nur die Gedenkstätte Hohenschönhausen, das ist nicht nur die Stiftung Mauer. Herr Brauer! Sie waren leider in den letzten zehn Jahren daran beteiligt. Das stelle ich hier auch einmal fest. Sie lachen aufseiten der CDU. Sie erben aber das Problem. Und wir alle miteinander werden uns da über eine Größenordnung von bereits heute aufgelaufenen 250 Millionen Euro – wie wir sie finanzieren und gegenfinanzieren – in den Haushaltsberatungen unterhalten können, sonst wird die Schere größer. – Danke!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Goiny das Wort. – Bitte sehr!

Christian Goiny (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es erstaunt in der Tat ein wenig, Herr Kollege Brauer, dass Sie die Wahlperiode mit einem solchen Antrag beginnen. Sie haben Ihre Ausführungen mit dem Jahr 2000 begonnen, dann waren wir plötzlich in den Jahren 2010 und 2011,

[Wolfgang Brauer (LINKE): Das hätten Sie verstanden, wenn Sie zugehört hätten!]

und die Zeit dazwischen haben Sie ein bisschen übersprungen. Der Kollege Esser hat es ja eben richtig formuliert. Was Sie uns auf den Tisch des Hauses legen, ist auch ein Stück Bilanz Ihrer Regierungspolitik. Da müssen Sie sich die Frage gefallen lassen, warum das Thema von Ihnen in den letzten zehn Jahren nicht angegangen worden ist, anstatt das jetzt hier auf den Tisch zu packen.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Insofern wäre Ihr Engagement ein bisschen glaubwürdiger gewesen, wenn Sie es durch entsprechende Initiativen in den letzten zehn Jahren hätten belegen können.

[Wolfgang Brauer (LINKE): Zuhören können!]

Natürlich ist richtig, was der Kollege Esser angesprochen hat. Das ist nicht nur in diesem Bereich so, das ist in ganz vielen Bereichen so. Und wir werden uns natürlich damit beschäftigen müssen. Wer die Haushaltslage des Landes Berlin kennt, der weiß, dass da auch die Bäume nicht in den Himmel wachsen werden. Insofern bin ich ein bisschen vorsichtig, Erwartungen zu wecken.

Unstreitig sollte sein und ist, dass die Stiftung in den letzten Jahren eine hervorragende Arbeit geleistet hat – Frau Kollegin Lange hat ja auch schon darauf hingewie-

sen – und das wirklich ein wichtiger Beitrag zur Aufarbeitung deutscher Geschichte in unserem Land ist. Wir können auf die Arbeit dieser Stiftung stolz sein und müssen sicherstellen, dass sie arbeitsfähig und vernünftig ausgestattet ist. Das ist etwas, was die jetzige Koalition ganz klar sagen kann.

Wenn es um die Unterstützung der Arbeit dieser Stiftung geht, dann muss ich leider an die Adresse der Linksfraktion sagen, sollte ein Teil Ihres Engagements auch in der Zukunft darauf gerichtet sein, dass Sie versuchen, einige namhafte und nicht so namhafte Repräsentanten Ihrer Partei davon zu überzeugen, dass es sinnvoller ist, die Arbeit dieser Stiftung zu unterstützen, und nicht etwa – wie in der Vergangenheit mehrfach geschehen – der Versuch unternommen wird, den Leiter der Stiftung oder andere dort politisch unter Druck zu setzen oder gar mundtot zu machen, wenn sie nämlich unbequeme Wahrheiten sagen. Auch das ist ein Stück politische Verantwortung, die Ihre Fraktion an dieser Stelle zu tragen hat.

Insofern würde ich mir dann auch wünschen, dass wir diesen Antrag in einer Ernsthaftigkeit behandeln, die dem Thema angemessen ist, und das sind die Beratungen im Kulturausschuss, aber auch im Haushaltsausschuss. Insofern werden wir als Koalition uns dann auch dort mit dem Antrag befassen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Für die Piratenfraktion hat der Abgeordnete Lauer das Wort. – Bitte sehr!

[Wolfgang Brauer (LINKE): Da bin ich ja mal neugierig!]

Christopher Lauer (PIRATEN):

Verehrte Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 5. April diesen Jahres gab es eine Kleine Anfrage von Dr. Andreas Köhler von der SPD zur Situation der Beschäftigten der Gedenkstätte Hohenschönhausen. Der Drucksache 16/15410 war zu entnehmen:

Der Senat prüft derzeit die Gehaltssituation der Beschäftigten der Gedenkstätte unter Berücksichtigung der im Stiftungshaushalt zur Verfügung stehenden Mittel.

Das ist jetzt ein halbes Jahr her. Ich habe im Parlamentarischen Dokumentationssystem des Abgeordnetenhauses – das ist übrigens sehr gut –

[Uwe Doering (LINKE): Aha! Und vor allem transparent!]

nach einem Ergebnis dieser Prüfung gesucht. Ich habe kein Ergebnis gefunden. Danach habe ich mich der Kulturtechnik des Telefonats bedient und einfach angerufen

(Christopher Lauer)

bei dieser Gedenkstätte. Fakt ist: Die Gehälter der Mitarbeiter dieser Gedenkstätte wurden seit 2003 nicht mehr angepasst. Das kann man zur Kenntnis nehmen. Und dieses Argument, wir bezahlen bei der Stiftung Mauer auch nicht nach Tarif, das ist doch keines. Dann sagen Sie doch: Okay, wir finden es gut, dass wir nach Tarif bezahlen, und dann bezahlen wir alle nach Tarif.

[Beifall von Wolfgang Brauer (LINKE)]

Jetzt haben sich aber seit 2000 – das wurde mir dort auch so gesagt – die Besucherzahlen verfünfunddreißigfacht. Im Jahr 2000 kamen ungefähr 10 000 Besucher, jetzt sind es ungefähr 350 000. Nun kann man sagen, dann sollen die irgendwie Eintritt nehmen. Das wird seit 2006 getan. Mit dem eingenommenen Geld finanziert man die Führungen; das ist ein Nullsummenspiel. Die Aufgaben der Beschäftigten der Gedenkstätte werden aber stets erweitert. Man hat ein Archiv, man hat eine Sammlung; man hat höhere Anforderungen durch Professionalisierung der Arbeit. Und die Menschen, die in der Gedenkstätte seit elf Jahren arbeiten und sie mit aufgebaut und zu dem gemacht haben, was sie heute ist, werden systematisch schlechtergestellt als die, die jetzt neu eingestellt werden. Das ist weder gerecht noch motivierend für alle Mitarbeiter in dieser Gedenkstätte.

Warum akzeptieren wir das in diesem Haus? – Hier wurde überall gesagt, die Gedenkstätte ist wichtig und erfolgreich. Ich habe den Koalitionsvertrag gelesen. – Nein, es ist kein Vertrag, es ist eine Vereinbarung, alle Abgeordneten entscheiden ja hier frei nach ihrem Gewissen. Wenn da irgendwelche Eindrücke entstehen, weisen wir das zurück. – In diesem Koalitionsvertrag steht z. B. auf Seite 13:

Im Sinne einer Offensivstrategie sollen faire und soziale Arbeitsbedingungen und Tariftreue sowie die strikte Anwendung der Sozialversicherungspflicht die Schaffung und Entwicklung attraktiver und leistungsfähiger Arbeit sicherstellen und damit eine Voraussetzung für eine positive wirtschaftliche Entwicklung der Branche sein.

Welche Branche? – Tourismus! Also die Tourismusbranche soll nach Tarif bezahlt werden, die Gedenkstätte Hohenschönhausen nicht. „Was erlauben Koalition?“

Es wird aber noch besser. Auf Seite 16:

Das Land Berlin hat die Verantwortung für die Bedingungen, zu denen Menschen für das Land arbeiten bzw. Leistungen erbringen. Der Senat wird dafür sorgen, dass die Verträge und Bescheide über Entgelte und Zuwendungen im Sozialbereich die Träger zur Tarifbindung sowie zur Einhaltung weiterer Kriterien für gute Arbeit (z. B. Fort- und Weiterbildung, Gleichstellungsförderung) anhalten.

So, im Sozialbereich soll auch nach Tarif bezahlt werden, bei der Gedenkstätte Hohenschönhausen nicht. Wäre es

da vielleicht einfacher, möglicherweise die Gedenkstätte zu einer sozialen Einrichtung umzudeklariieren? Dann kommen wir da schneller voran. – Sie fordern auf Seite 39 Ihres Koalitionsvertrags einen einheitlichen Tarif für Taxifahrer, die zum Flughafen fahren, um irgendwie Schwarzarbeit vorzubeugen. Das heißt: Wenn jemand in Berlin verdient hat, nach Tarif bezahlt zu werden, dann sind es mit Sicherheit diese Menschen, die seit 2000 die Gedenkstätte in Hohenschönhausen aufbauen und dort arbeiten. Wir können da auch gern die Gedenkstätte für die Mauer mit einbauen, damit haben wir alle auch kein Problem. Die leisten gute Arbeit, und deswegen sollten wir das einfach machen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei den PIRATEN und der LINKEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Überweisung des Antrags an den zukünftig für Kulturelle Angelegenheiten zuständigen Ausschuss und an den künftigen Hauptausschuss wird empfohlen. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Der Tagesordnungspunkt 4 war Priorität der Fraktion Die Linke unter 2.3.

Ich komme zur

lfd. Nr. 5:

Wahlvorlage
Drucksache [17/0034](#)

Wahl der Mitglieder der G 10-Kommission des Landes Berlin

Wir kommen zur einfachen Wahl durch Handaufheben. Zur Wahl werden vorgeschlagen: von der Fraktion der SPD der Abgeordnete Kleinedam als Vorsitzender, Bernd Schimmler als Stellvertreter, Tom Schreiber als Beisitzer, Erol Özkaraca als Stellvertreter; von der Fraktion der CDU der Abgeordnete Peter Trapp als Beisitzer, Andreas Gram als Stellvertreter; von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Benedikt Lux als Beisitzer, Clara Herrmann als Stellvertreterin; von der Fraktion Die Linke Marion Seelig als Beisitzerin, Uwe Doering als Stellvertreter; von der Piratenfraktion Pavel Mayer als Beisitzer, Christopher Lauer als Stellvertreter.

Wer die von mir Genannten zu wählen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen. Damit sind die Mitglieder der G-10-Kommission des Landes Berlin gewählt. – Herzlichen Glückwunsch!

[Allgemeiner Beifall]

Ich komme zur

(**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck**)

lfd. Nr. 5 A:

Dringliche Wahlvorlage
Drucksache [17/0035](#)

**Wahl der Mitglieder des Ausschusses für
Verfassungsschutz**

Wird der Dringlichkeit widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Nach § 33 Abs. 2 des Verfassungsschutzgesetzes Berlin und § 20a unserer Geschäftsordnung besteht der Ausschuss in der Regel aus höchstens zehn Mitgliedern. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass der Ausschuss für Verfassungsschutz aus neun Mitgliedern bestehen soll. Darüber hinaus werden mit gleicher Anzahl stellvertretende Mitglieder gewählt, die im Fall der Verhinderung eines ordentlichen Mitglieds dessen Rechte und Pflichten wahrnehmen.

Es werden vorgeschlagen:

von der Fraktion der SPD die Abgeordneten Thomas Kleineidam, Tom Schreiber und Thorsten Karge als Mitglied; die Abgeordneten Sven Kohlmeier, Robert Schadach und Karin Seidel-Kalmutzki als stellvertretende Mitglieder;

von der Fraktion der CDU Cornelia Seibeld und Stephan Lenz als Mitglieder; Andreas Gram und Robbin Juhnke als stellvertretende Mitglieder;

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Abgeordnete Clara Herrmann als Mitglied, der Abgeordnete Benedikt Lux als Mitglied, die Abgeordnete Canan Bayram als stellvertretendes Mitglied, der Abgeordnete Dirk Behrendt als stellvertretendes Mitglied;

von der Fraktion Die Linke die Abgeordnete Marion Seelig als Mitglied, der Abgeordnete Hakan Tas als stellvertretendes Mitglied;

von der Piratenfraktion der Abgeordnete Pavel Mayer als Mitglied, der Abgeordnete Christopher Lauer als stellvertretendes Mitglied.

Wer die von mir Genannten und die entsprechend zugeordneten Stellvertreter zu wählen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann sind die Mitglieder des Ausschusses für Verfassungsschutz so gewählt.

Der Ältestenrat bittet, dass der Ausschuss unter der Leitung des ältesten Mitglieds zeitnah zusammenkommt, um die Thematik, die auch im Zusammenhang mit unserer Entschließung zu Beginn der Sitzung steht, zu erörtern. Eine Wahl des oder der Ausschussvorsitzenden soll in dieser Sitzung nicht erfolgen.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 6:

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Absatz 3 der Verfassung von Berlin
Drucksache [17/0028](#)

**Zusammenstellung der vom Senat vorgelegten
Rechtsverordnungen**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet um Überweisung der Verordnung lfd. Nr. 2 – VO-Nr. 17/010 – Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Katastrophenschutzdienst – an den künftig für Inneres zuständigen Ausschuss. Von der weiteren Verordnung wird hiermit Kenntnis genommen.

Tagesordnungspunkt 7 war Priorität der Piratenfraktion unter Nr. 2.4. Tagesordnungspunkt 8 war Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unter Nr. 2.2.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 9:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache [17/0030](#)

Berlin schützt Frauen und Mädchen vor Gewalt!

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Piratenfraktion vor, Drucksache 17/0030-1.

Für die Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu fünf Minuten zur Verfügung. Es beginnt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das Wort hat Frau Abgeordnete Kofbinger. – Bitte sehr!

[Beifall bei den GRÜNEN]

Anja Kofbinger (GRÜNE):

Danke schön! Ich habe noch gar nichts gesagt. Danke für den Applaus! Bin ich gar nicht gewohnt.

[Klatschen bei der SPD]

Eine neue Legislaturperiode, neue Umgangsformen, wunderbar, Herr Schreiber, auch an Sie persönlich den Dank! – Dann fangen wir mal an.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der morgige 25. November ist der 30. Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen. An einem solchen Tag erinnern wir uns daran, dass weltweit Gewalt an Frauen im Alter zwischen 16 und 44 Jahren die Todesursache Nr. 1 ist, noch vor Krebs oder Verkehrsunfällen. Anlässlich dieses Tages haben wir einen Antrag eingebracht, der sich mit der Situation in Berlin auseinandersetzt.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen hat viele Gesichter. Häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt, Ehrenmorde und Zwangsverheiratung gehören dazu und sind auch in Berlin leider tagtägliche bittere Realität. Allein im letzten

(Anja Kofbinger)

Jahr wies die polizeiliche Kriminalstatistik über 10 000 Fälle von häuslicher Gewalt aus. Liebe neue Koalition! Da gibt es für Sie noch sehr viel zu tun. Ich hoffe, Sie packen das Problem an.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Simon Kowalewski (PIRATEN)]

Der aktuelle Anlass für unseren Antrag ist die vor einigen Tagen erschienene Studie „Zwangsverheiratung in Deutschland – Anzahl und Analyse von Beratungsfällen“, die im Auftrag des BMFSFJ erstellt wurde. Wir wissen nicht erst seit dieser Studie, dass es in Berlin in jedem Jahr ungefähr 300 Personen gibt, die sich an die bereits bestehenden Beratungsstellen wenden und um Rat und Hilfe bitten. Wir wissen auch durch den Bericht der BIG-Hotline, dass im laufenden Jahr bereits 261 Frauen und Kinder, die um Hilfe baten, wegen mangelnder Kapazitäten, vor allem im Frauenhaus und Zufluchtwohnungenbereich, abgewiesen werden mussten. Dieser Umstand ist untragbar. Hier müssen Sie dringend Abhilfe schaffen.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Hier wende ich mich auch speziell an die neue Regierungspartei CDU, die mit ihrer etwas aufgepumpten Law-and-Order-Rhetorik vor allen Dingen Autos vor Gewalt schützen will. Bitte tun Sie den Frauen in Berlin einen Gefallen und behandeln Sie sie genauso gut wie Ihre Autos! Ich sage Ihnen, sie haben es verdient.

[Beifall bei den GRÜNEN und den PIRATEN –
Vereinzelter Beifall bei der SPD und der LINKEN]

Nun aber im Konkreten: Wichtig ist uns, dass von Zwangsverheiratung betroffene, bedrohte Mädchen und Frauen überhaupt erst einmal Zugang zur Information über Hilfsangebote, die bestehen, erhalten. Dank der eben erwähnten Studie wissen wir, dass ca. 80 Prozent der Betroffenen von den bestehenden Hilfsangeboten nicht oder nicht früh genug erreicht werden. Deshalb fordern wir den Senat auf, eine verstärkte mehrsprachliche Öffentlichkeitsarbeit zur Hilfe betroffener Frauen und Mädchen zu initiieren. Dazu ist in Zusammenarbeit mit Migrantinnenorganisationen und Berliner Initiativen und Organisationen eine Kampagne zu starten. Das dürfte Sie nun wirklich nicht überfordern.

Des Weiteren ist sicherzustellen, dass von Zwangsverheiratung betroffene junge Frauen unter und über 18 Jahren schnelle und unbürokratische Beratung, Betreuung und Begleitung durch die Berliner Behörden erhalten, insbesondere durch die Berliner Jugendämter. Die lehnen nämlich jede Hilfe ab, wenn die betroffene Person über 18 ist. Das ist leider aber in 70 Prozent der Fälle der Fall. Damit es mit der Betreuung besser klappt, schlagen wir vor, dass eine Beauftragte in jedem Sozialraum genannt und weitergebildet wird, denn wir wissen aus den Erfahrungen anderer Bundesländer, dass eine klare und fachlich versierte Zuständigkeit im Sozialraum eine effektive und

unbürokratische Unterstützung für die Betroffenen darstellt.

[Beifall bei den GRÜNEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN –
Beifall von Evrim Sommer (LINKE)]

Dies sind unsere Vorschläge, für die wir nun um Ihre Unterstützung bitten.

Nur noch ein kurzes Wort zu dem Änderungsantrag der Piraten – sie werden sich ja gleich noch dazu äußern –: Sie haben natürlich recht, dass auch Jungen und Männer vor Zwangsverheiratung zu schützen sind, aber wir haben diesen Antrag im Hinblick auf den morgigen Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen gestellt und deshalb natürlich auch diesen Schwerpunkt gesetzt. Es ist aber unsere bisherige Gepflogenheit, dass Maßnahmen gegen Zwangsverheiratung grundsätzlich alle Geschlechter umfassen. Da gibt es ja – wie heißt er? – den netten Mann mit dem Handtuch auf dem Kopf.

[Heiterkeit bei den PIRATEN]

Der kann Ihnen sagen, dass es natürlich mehr als zwei Geschlechter gibt. Und da ginge Ihr Antrag, streng genommen, nicht weit genug. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Kleineidam das Wort. – Bitte!

Thomas Kleineidam (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu Recht ist darauf hingewiesen worden, dass wir morgen den Internationalen Tag „Nein zu Gewalt an Frauen“ haben. Und wir haben uns mit den Themen häusliche Gewalt, Gewalt gegen Frauen, Zwangsverheiratung in diesem Haus schon häufig beschäftigt. Bisher war meine Wahrnehmung, dass wir das sehr ernsthaft getan haben, gemeinsam auf der Suche nach Lösungen für Betroffene. Dass hier die Gewalt gegen Frauen und Gewalt gegen Autos in einem Atemzug genannt werden, hat mich, ehrlich gesagt, schockiert.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Ihnen ist sicher bekannt, dass ich auch mit unserem neuen Koalitionspartner manchmal unterschiedliche Ansichten im Bereich der inneren Sicherheit hatte.

[Anja Kofbinger (GRÜNE): Ich hoffe,
das bleibt auch so!]

Aber diese Unterstellung, die Kolleginnen und Kollegen von der CDU behandeln das Thema wie Gewalt gegen Autos – oder das ist ihnen noch wichtiger –, ist eine bos-

(Thomas Kleineidam)

hafte Unterstellung, die ich hier auch für die Kolleginnen und Kollegen zurückweisen möchte.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Es ist zum Glück in Deutschland schon viel geschehen, um Gewalt, auch häusliche Gewalt, einzudämmen. Ich will nur beispielhaft das Gewaltschutzgesetz nennen.

Der Antrag, den Sie heute vorgelegt haben, gehört auch in das Themenfeld – ohne jeden Zweifel. Allerdings erscheint es mir etwas zu kurz gegriffen zu sagen, Zwangsehen sind ausschließlich ein Problem von Frauen. Wenn man sich dem Phänomen nähert, glaube ich, kommt man nicht umhin, über die Beziehung zwischen Eltern und ihren Kindern zu reden, denn es sind leider auch häufig männliche Kinder, Jungen, die von ihren Eltern zwangsverheiratet werden.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Ich will hier nichts relativieren. Nach allen Informationen, die wir haben, sind in der Regel die Frauen in Zwangsehen deutlich schlechter gestellt, ich will es mal ganz vorsichtig formulieren, als die Männer. Aber das Problem ist im mangelnden Respekt von Eltern gegenüber ihren Kindern, vor dem Selbstbestimmungsrecht ihrer Kinder zu suchen. Das muss man in dem Zusammenhang mit angehen.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Mir erscheint es insofern richtig, dass die Fraktion der Piraten mit ihrem Änderungsantrag darauf hinweist – so habe ich ihn jedenfalls verstanden; auch diese jüngere Studie zeigt es –, dass es auch ein Problem von Männern ist. Ich betone hier das „auch“ – ich will nichts relativieren. Ich denke, dass wir das, wenn es beraten wird, gemeinsam in dem zuständigen Ausschuss berücksichtigen sollten, um dann zu adäquaten Formulierungen zu kommen.

Ein letzter Punkt: Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass man die Hilfe noch verbessern, noch ausbauen muss. Ob jetzt wirklich Beauftragte in jedem Sozialraum die Lösung sind, da habe ich meine Zweifel, aber das muss man sorgfältig diskutieren. Ich habe bei den Beauftragten manchmal die Sorge, dass einfach in jedem Sozialraum oder in einer Behörde im Bezirksamt noch jemand als Beauftragter benannt wird, der das nebenher machen soll. Das würde wahrscheinlich wenig bringen. Aber das muss dann gemeinsam diskutiert werden. Wichtig ist, dass die Betroffenen tatsächlich Hilfe erhalten.

[Beifall bei der SPD und der CDU –
Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Für die Fraktion der Linken hat die Abgeordnete Frau Sommer das Wort. – Bitte!

Evrin Sommer (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frauenrechte sind Menschenrechte – man kann dies nicht oft genug sagen. Der 25. November ist der internationale Gedenktag „Nein zu Gewalt gegen Frauen“. – In diesem Jahr wird zum zweiten Mal die Fahne „Frei leben – ohne Gewalt“ vor dem Abgeordnetenhaus gehisst. Dies geht auf eine Initiative der Fraktion Die Linke und der Überparteilichen Fraueninitiative zurück. Dieser internationale Gedenktag soll uns Anlass geben, der Opfer zu gedenken, aber auch darüber nachzudenken, wie wir Frauen besser vor Gewalt schützen und ihnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen können.

Immer noch unterliegen viele Mädchen und Frauen patriarchalen Gesellschafts- und Familienverhältnissen und werden zu Opfern von häuslicher Gewalt und Zwangsehen. Gewalt gegen Frauen geht uns alle etwas an. Es ist ein Problem, das alle Schichten der Gesellschaft durchzieht. Die aktuelle Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren und Frauen zum Thema Zwangsverheiratung in Deutschland – sie wurde bereits erwähnt – zeigt, dass häusliche Gewalt gegen Mädchen und Frauen wieder zunimmt. Das bedeutet, dass wir uns stärker für die Opfer von Gewalt einsetzen müssen.

[Anja Kofbinger (GRÜNE): Nein! Wir müssen
die Gewalt verhindern!]

– Ja, verhindern, auch dafür einsetzen, dass sie keine Gewalt erfahren. Sie brauchen unsere Soforthilfe. Sie brauchen aber auch – das ist genauso wichtig – eine sichere Perspektive in unserem Land.

[Anja Kofbinger (GRÜNE): Wir machen beides.
Das ist in Ordnung!]

Alle Mädchen und Frauen, die von Gewalt betroffen sind, haben einen Anspruch auf Schutz und Hilfe. Doch bei Frauen, die nur eingeschränkte Ansprüche auf Sozialleistungen und keinen gesicherten Aufenthaltsstatus haben, ist dies nur schwer möglich. Was nützt es der arbeitslosen Ehefrau, wenn der gewalttätige Mann aus der Wohnung verwiesen wird und sie allein bleibt, aber die Miete nicht bezahlen kann? Was soll die Migrantin machen, die sich drei Jahre nach Eheschließung nicht scheiden lassen kann, ohne Gefahr zu laufen, ihren Aufenthaltsstatus zu verlieren? Die heutigen Reden der beiden Vorredner haben gezeigt, dass es eine gewisse Sensibilisierung für das Thema gibt, jedoch werden die Wurzeln des Problems oft nicht angegangen.

Sie wissen, dass die Bundesregierung im März dieses Jahres eine willkürliche Erhöhung der Ehebestandszeit von zwei auf drei Jahren beschlossen hat. Damit wurde die Situation der zwangsverheirateten Frauen erheblich verschlechtert. Das tat die Bundesregierung ausgerechnet mit einem Gesetz, das sie zur Bekämpfung von Zwangsverheiratungen verabschiedet hat. Statt den Opfern zu

(Evrin Sommer)

helfen, werden sie länger an ihre gewalttätigen Ehemänner gekettet. Das ist meines Erachtens blanker Zynismus.

[Beifall bei der LINKEN –
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Dies ist von vielen NGOs und von uns, der Fraktion Die Linke, immer wieder massiv kritisiert worden. Opfer von Zwangsheirat und Frauen, die Gewalt erfahren, brauchen Schutz vor Diskriminierung und Gewalt. Deswegen muss ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen, die Opfer von Gewalt in der Ehe, von Zwangsheirat und Menschenhandel sind, eingeführt werden. Die rot-rote Koalition in Berlin hatte im vergangenen Jahr eine entsprechende Bundesratsinitiative gestartet, die jedoch keine Mehrheit fand. Ich sehe die jetzige Landesregierung auch in der Pflicht, sich hier weiter zu engagieren und eine erneute Bundesratsinitiative zu starten.

Seit Jahren existiert in Berlin ein funktionierendes System von Einrichtungen, das Opfer von Zwangssehen und häuslicher Gewalt betreut und Schutz bietet. Es konnte in den letzten Jahren zunächst stabilisiert werden. Durch Etaterhöhung und zweijährige Verträge wurde Planungssicherheit geschaffen. Jedoch reicht das System heute nicht mehr aus. Gestern hatte ich ein Fachgespräch mit Vertreterinnen des interkulturellen Frauenhauses, die mich darauf aufmerksam gemacht haben, dass viele Frauenhäuser in Berlin mittlerweile überfüllt sind. Es werden sogar Frauen in Obdachlosenheimen untergebracht. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Die SPD-CDU-Koalition ist nun in der Verantwortung, den bisherigen Kurs in Berlin fortzusetzen und das Netz zum Schutz der von Gewalt betroffenen Frauen nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern es dem aktuellen Bedarf entsprechend auszubauen. Den Worten müssen selbstverständlich auch Taten folgen.

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Kommen Sie bitte zum Schluss, Frau Abgeordnete!

Evrin Sommer (LINKE):

Ich komme zum Schluss. – Der hier eingereichte Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion geht uns nicht weit genug. Deshalb werden wir im Ausschuss, wenn es auf der Tagesordnung steht, einen eigenen Antrag einbringen. Dann werden wir auch ausführlich darüber reden, ob Migranten – Jungen – Gewalt erfahren oder nicht, zwangsverheiratet werden oder nicht. Ich selbst komme aus der Community und habe dazu eine eigene Meinung, die ich dem Ausschuss erklären werde.

[Beifall bei der LINKEN –
Beifall von Anja Kofbinger (GRÜNE) und
Martin Delius (PIRATEN)]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Danke schön! – Für die Fraktion der CDU hat die Abgeordnete Frau Vogel das Wort. – Bitte!

Katrin Vogel (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zwangsverheiratung ist ein Verbrechen. Dieses Verbrechen geschieht mitten in unserer aufgeklärten und modernen Gesellschaft und nicht nur in Einzelfällen. Das ist unfassbar und für viele von uns nicht vorstellbar. Aber Zwangsverheiratung ist nach wie vor Realität, auch hier in Deutschland und direkt vor unseren Augen. Ganz aktuell wird das durch die bereits erwähnte Studie, die von Familienministerin Schröder in Auftrag gegeben wurde und deren Veröffentlichung erst wenige Tage zurückliegt, eindrucksvoll belegt. Es ist die erste Studie, die bundesweit zu diesem Thema erstellt wurde.

Im Ergebnis kommt diese Studie unter anderem zu dem Schluss, dass vorwiegend Menschen mit Migrationshintergrund im Alter zwischen 18 und 21 Jahren davon betroffen sind, auch Menschen deutscher Staatsbürgerschaft. Die Eltern kommen in den meisten Fällen aus der Türkei, deutlich weniger aus Serbien, dem Kosovo, Montenegro, Irak und Afghanistan. Zwangsverheiratung geht oft mit familiärer Gewalt einher, und es sind nicht ausschließlich junge Frauen betroffen, sondern auch junge Männer. Trotz Aufklärungsarbeit und Beratung ist der steigende Trend bei der Anzahl der Zwangsverheiratungen ungebrochen.

Die CDU-Fraktion begrüßt deshalb ausdrücklich das im März dieses Jahres von der Bundesregierung verabschiedete Gesetz zur Bekämpfung der Zwangsheirat und zum besseren Schutz der Opfer von Zwangsheirat.

[Beifall bei der CDU]

Mit diesem Gesetz wurde erstmalig Zwangsheirat als eigener Straftatbestand im Strafgesetzbuch verankert.

[Zuruf von den PIRATEN: Das ist
doch reine Kosmetik!]

Dies ist ein wichtiger Fortschritt für alle junge Menschen, die gegen ihren Willen und unter Androhung und Ausübung von Gewalt verheiratet werden sollen. Ich denke, wir sind uns hier alle einig, dass weiterhin Anstrengungen unternommen werden müssen, um wirkungsvolle Präventionsmaßnahmen zu ergreifen und um den Opfern unbürokratisch und schnell zu helfen. Die Frage ist dabei aber, wie wir es umsetzen wollen.

Der vorliegende Antrag bietet nach unserer Auffassung dazu nichts wirklich Neues, sondern er greift lediglich den eigenen Antrag der Grünen aus dem Jahr 2008 auf. Dieser stand unter dem Titel „Berlin wirbt präventiv gegen Zwangsheirat“. Von den dort aufgeführten sieben Forderungen bleiben jetzt nur zwei in deutlich ab-

(Katrin Vogel)

gespeckter Form übrig. Das sind Beratungs- und Betreuungsangebote durch Berliner Behörden sowie eine mehrsprachige Aufklärungskampagne. Das ist eine deutliche Reduzierung; zumal wieder darauf verzichtet wird, junge Männer einzubeziehen, die ebenfalls von Zwangsheirat bedroht sein können. Hier geht der Änderungsantrag der Fraktion der Piraten in die richtige Richtung.

Der vorliegende Antrag ist mit einer so schnellen Nadel gestrickt, dass es notwendig ist, ihn in den zuständigen Ausschuss zu überweisen. Dort sollten wir gründlich prüfen, wie sich die Beratung und Betreuung betroffener Menschen im Land Berlin seit dem Jahr 2008 verändert bzw. verbessert hat. Darauf aufbauend sollte gemeinsam darüber nachgedacht werden, wo noch immer Lücken im System sind, die gegebenenfalls geschlossen werden müssen. Die CDU in Berlin ist bereit, dazu ihren Beitrag zu leisten. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Der Abgeordnete Kowalewski hat für die Piratenfraktion das Wort. – Bitte sehr!

Simon Kowalewski (PIRATEN):

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen beliebigen Geschlechts! Ich benutze das generische Femininum, das hier schon ein paar Mal die Runde gemacht hat. Im Antrag ist auch von die Rede von einer Beauftragten. Ich hoffe, dass damit auch eine männliche Beauftragte gemeint sein kann.

Liebe Kollegin Kofbinger! Wir finden Ihren Antrag sehr gut und unterstützenswert und bringen trotzdem einen Änderungsantrag ein. Wir finden ihn gut, weil auch wir der Meinung sind, dass die Zwangsverheiratung den krassest vorstellbaren Eingriff in die sexuelle Selbstbestimmung darstellt; einerseits, weil er potenziell die Betroffenen ihr ganzes Leben lang beeinträchtigt und sie in ihrem grundlegendsten Menschenrecht, nämlich der Erfüllung der eigenen Wünsche in einer selbstgewählten, liebevollen Partnerschaft, beraubt und die Zwangsverheirateten somit jeden Tag erneut mit schwierigen bis ausweglosen Fragen konfrontiert. Andererseits wird die Zwangsehe gesellschaftlich weniger geächtet als die körperliche Vergewaltigung, sodass Menschen, die Opfer solcher Untaten geworden sind, schnell das Gefühl erhalten, allein mit ihrem Problem dazustehen und keine Unterstützung finden zu können. Welchen Einfluss diese auf Zwang aufgebaute Familie auf die Kinder hat, die in ihr aufwachsen, brauche ich wahrscheinlich nicht näher auszuführen. Das kann sich vermutlich jedes Mitglied dieses Hauses selbst ausmalen.

Allerdings irren Sie in Ihrer Auffassung, das Problem beträfe nur Frauen und Mädchen. Auch Jungen und Männer sind von Zwangsehen betroffen. Sie kommen statistisch zwar nur auf sechs Prozent der erfassten Fälle, aufgrund der gesellschaftlich verordneten Männerrollen und der Tatsache, dass heute existierende Hilfs- und Beratungsangebote sich vor allem an Frauen richten, wird der tatsächliche Männeranteil aber wesentlich höher liegen.

Auch wenn sich zwei Drittel der erfassten Fälle in religiösen Migrantenfamilien ereignen – womit übrigens auch Jesiden und Christen gemeint sind, die in ebenfalls nennenswerter Anzahl in der Studie des BMFSFJ erwähnt sind –, ist die Zwangsehe kein rein migrantisches Problem. Eheanbahnungen über sozialen und finanziellen Druck sind in jeder Kultur verbreitet. Der Graubereich zwischen einer freiwilligen Ehe und der Verschleppung zwecks Verheiratung ist riesig. Das muss man Leuten, die eine Kufiya mit einem Handtuch verwechseln, auch einmal sagen.

[Beifall bei den PIRATEN]

Es ist zudem zutiefst menschenverachtend, dass die neueste Änderung des Aufenthaltsgesetzes – durch die seit heute hier mitregierende CDU und einer heute hier nicht mehr vertretenen Partei – die Zwangsverheirateten, die zum Zweck des Erwerbs des Bleiberechts vermählt worden sind, jetzt drei statt zwei Jahre dieser Folter ausgesetzt. Das macht auch die strafrechtliche Kosmetik, wonach man jetzt neben der Nötigung auch noch einen extra Paragrafen hat, keinen Deut besser. Deswegen wollen wir Sie aufrufen, für einen Schutz aller Betroffenen zu votieren, und zwar unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Herkunft und unabhängig davon, auf welche Art und Weise der Zwang zur Ehe ausgeübt wurde.

Zum Schluss wollte ich noch darauf hinweisen, dass dieser Änderungsantrag in einem Schnellverfahren in unserem Antragssystem LiquidFeedback erstellt wurde und dort von der Parteibasis mit 82 Ja-Stimmen einstimmig auf den ersten Rang gewählt wurde. Das können Sie auch nachschauen. Es ist das Thema 600. Außerdem sehen wir uns alle morgen früh um 9 Uhr, wenn die Fahne von Terre des Femmes vor diesem Haus gehisst wird. – Vielen Dank!

[Beifall bei den PIRATEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, es wird die Überweisung des Antrags und des Änderungsantrags an den künftig für Frauen zuständigen Ausschuss vorgeschlagen. – Hierzu höre ich keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Ich komme zur

(**Vizepräsidentin Anja Schillhaneck**)

1fd. Nr. 10:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache [17/0031](#)

**Subsidiaritätsbedenken bezüglich einer
Verordnung der Europäischen Kommission –
KOM(2011) 635 endg – Europäisches Kaufrecht**

Für die Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu fünf Minuten zur Verfügung. Es beginnt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das Wort hat der Abgeordnete Behrendt. – Bitte sehr!

Dirk Behrendt (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Heute haben wir in der letzten Runde ein rechtspolitisches Schankerl und zudem eine Premiere. Viele werden sich, als sie den Antrag gelesen haben, gefragt haben, worum es da eigentlich geht und warum wir uns mit so etwas befassen müssen. Deswegen ein paar einleitende Worte: Nach dem Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2009 sind die Bundesländer weitreichender an der europäischen Gesetzgebung zu beteiligen. Ein wesentlicher Punkt ist dabei die Einhaltung des Subsidiaritätsgrundsatzes. Das kann man übersetzen mit: Was du unten kannst besorgen, das verschiebe nicht auf obere Ebenen! Die nationalen Parlamente sind aufgerufen, die Einhaltung dieser Regelungen in der Bundesrepublik zu beachten. Die Länder sind über Artikel 23 durch den Bundesrat zu beteiligen.

Mit dem heutigen Antrag wollen wir – soweit ich das sehe – erstmalig für Berlin ein solches Verfahren auslösen und eine Subsidiaritätsrüge anregen.

[Beifall bei den GRÜNEN]

In der Sache geht es darum, dass die Europäische Kommission im Oktober dieses Jahres einen Entwurf zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Kaufrechts vorgestellt hat. Es soll ein einheitliches, wenngleich fakultatives Regelungsregime für grenzüberschreitende Verträge in Europa eingeführt werden. Das soll neben die nationalen Kaufrechte treten. Erklärtes Ziel ist es, neben der Stärkung des Onlinehandels das einheitliche hohe Verbraucherschutzniveau in allen Mitgliedstaaten zu erreichen.

In einer Anhörung des Rechtsausschusses des Bundestages am Montag dieser Woche wurde recht umfangreich Kritik an diesem Entwurf geübt. Zum einen wurde die Notwendigkeit in Zweifel gezogen und zum anderen – das ist der uns hier heute interessierende Punkt – die Kompetenz der Europäischen Gemeinschaft für diesen Bereich. So hat Peter Huttenlocher von der Bundesnotarkammer angegeben, aus seiner Sicht könne der Bundestag mit Erfolg Subsidiaritätsrüge erheben, denn dieser Bereich sei der nationalen Gesetzgebung vorzubehalten. Im Bundestag läuft deshalb gerade eine fraktionsüber-

greifende Verständigung, eine solche Subsidiaritätsrüge zu erheben. Der zuständige Ausschuss – Herr Kohlmeier hat es sicherlich schon festgestellt – des Bayerischen Landtags hat vor Kurzem auch die bayerische Staatsregierung aufgefordert, entsprechend vorzugehen.

Artikel 114 AEUV – das ist die Grundlage, auf die die Europäische Kommission ihre Tätigkeit stützt – kommt als Grundlage für das europäische Kaufrecht nicht in Betracht, denn darin geht es um die Angleichung der rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedschaften, welche die Errichtung und das Funktionieren des Binnenmarkts zum Gegenstand haben. Hier soll aber ein optionales Kaufrecht geschaffen und nicht das nationale Kaufrecht harmonisiert werden. Ich sagte es eingangs: Es soll daneben stehen. Deswegen kann dieses Kaufrecht nicht auf Artikel 114 AEUV gestützt werden. Es ist vielleicht möglich, das europäische Kaufrecht auf Artikel 352 AEUV zu stützen. Allerdings wäre dann ein anderes Verfahren zu wählen, und – das ist besonders interessant – das bedürfte dann der Einstimmigkeit im Rat, die sicherlich nicht hergestellt werden kann. Hingegen reicht bei Artikel 114 AEUV die Mehrheit.

Ich möchte Sie auffordern: Lassen Sie uns heute ein Zeichen setzen! Wir müssen sofort darüber abstimmen, weil die Frist, bis zu der sich zu äußern ist, am 12. Dezember abläuft und wir – wie Sie alle wissen – noch keine Ausschüsse haben. Deswegen müssen wir heute eine Sofortabstimmung machen. Wir können es nicht in einen Ausschuss überweisen, weil uns die Frist abläuft, in der sich der Bundesrat damit beschäftigt und die Bundesregierung entsprechend aufzufordern wäre. Lassen Sie uns also heute ein Zeichen setzen für den Erhalt des hohen bundesrepublikanischen Verbraucherschutzniveaus im Kaufrecht. Stimmen Sie unserem Antrag – wie es die Kollegen aus Bayern vorgemacht haben, übrigens alle im Bayerischen Landtag vertretenen Parteien – zu! – Danke schön!

[Beifall bei den GRÜNEN –
Beifall von Martin Delius (PIRATEN)]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Für die SPD-Fraktion hat nun der Abgeordnete Frank Zimmermann das Wort. – Bitte sehr!

Frank Zimmermann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Behrendt! Sie haben uns immer an Ihrer Seite, wenn es darum geht, ungerechtfertigte Regelungen, die die Kompetenzen der EU überschreiten und in unsere eingreifen, abzuwehren. Da werden wir immer gemeinsam eine Lösung finden, die Stimme Berlins dagegen zu erheben. Das gilt insbesondere für Fragen des Wettbewerbsrechts, des Beihilferechts und diese Eingriffsversuche, wo unsere Arbeit mit kommunalen Unternehmen erschwert wird. Da werden wir strikt auf Einhaltung unserer Zuständigkeit

(Frank Zimmermann)

achten. Aber hier ist leider kein Punkt genannt – auch in Ihrer Rede, Herr Behrendt, und im Antrag nicht –, an dem das Berliner Landesrecht, die Berliner Zuständigkeiten oder Landeskompetenzen in irgendeiner Weise berührt sind. Sie haben selbst ausgeführt, dass es um das Kaufrecht geht, um Bundesrecht, damit um bundesrechtliche Verbraucherschutzmaßnahmen und um die Frage, ob neben dem zwingend geltenden besonderen Schuldrecht dem Kaufrecht ein fakultatives System durch ein europäisches Kaufrecht aufgesetzt wird. Das berührt – wenn überhaupt – die Bundeskompetenz. Deshalb ist es zu Recht im Bundestag problematisiert worden, ob eine Subsidiaritätsrüge erhoben werden soll oder nicht. Deswegen meine ich, schon aus diesem Grund ist es verfehlt, dass wir als Land Berlin eine solche Subsidiaritätsrüge erheben.

Es geht darum, dass wir uns ansehen, wie wir mit den anderen Bundesländern an diesem Punkt ein sinnvolles Signal setzen können, dass die nationalen Zuständigkeiten nicht beeinträchtigt werden. Der Bundesrat hat hierzu in den Ausschüssen eine umfangreiche Stellungnahme vorbereitet. In ihr findet sich kein einziger Hinweis auf die Problematik, die Sie beschreiben. Es geht vielmehr lediglich um die Frage, ob das Kaufrecht materiell eine Verbesserung ist, ob es eventuell eine Schlechterstellung für deutsche Unternehmen bedeutet, ob es den grenzüberschreitenden Verkehr erleichtert oder erschwert. Das sind alles materiellrechtliche Erwägungen, die nicht in das Subsidiaritätsverfahren gehören. Wir sollten uns hüten, mit einer Subsidiaritätsrüge materielle Bedenken gegen eine solche Regelung aufzugreifen. Es geht ausschließlich um die Kompetenzen, und die sind hier nicht berührt.

Deshalb meine ich, dass wir uns als Land nicht dazu aufschwingen sollten, dem Bund zu erklären, was er zu machen hat. Wir sollten sehen – wenn es berechnete Einwände auf Bundesebene gibt und der Bundestag sagt, dass er in seinen Gesetzgebungskompetenzen möglicherweise berührt oder beeinträchtigt ist –, dass wir dann im Bundesrat nicht dagegen opponieren – das versteht sich von selbst. Wir werden dem Bund das Leben nicht unnötig schwermachen. Aber ein eigenes Recht, aus dem heraus wir hier handeln könnten, ist nicht erkennbar. Das haben Sie auch nicht dargelegt. Es ist lediglich der Streit um die richtige Rechtsgrundlage. Dieser Streit berechtigt nicht zur Subsidiaritätsrüge. Deshalb werden wir diesen Antrag heute ablehnen. Aber wir müssen das auch heute tun, denn – an diesem einen Punkt haben Sie recht – eine Überweisung an den Ausschuss wäre lächerlich, denn es wird demnächst im Bundesrat entschieden. – Danke schön!

[Beifall bei der SPD und der CDU]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Für die Fraktion Die Linke hat die Abgeordnete Frau Michels das Wort. – Bitte sehr!

Martina Michels (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Behrendt! Ob es ein Schmankerl ist, das sei noch dahingestellt. Zunächst sind wir immer sehr dafür – insofern begrüße ich den Vorstoß ausdrücklich –, wenn sich das Abgeordnetenhaus mit Europathemen befasst, denn ich bin der Auffassung, dass wir das bisher zu selten tun, obwohl es erforderlich ist. Allerdings könnte ich mir für die Europadiskussion auch eine etwas emotionalere und inhaltlichere Debatte vorstellen als unbedingt solch eine juristische Sacherörterung. Insofern hoffe ich, dass wir später einmal zu etwas emotionaleren Europathemen kommen.

Ausdrücklich wurde – mein Kollege Zimmermann hat es bereits erwähnt – das Subsidiaritätsverfahren eingeführt, um die vorherige Beteiligung der Länder – und zwar, lieber Herr Zimmermann, nicht nur um die nationale Ebene, sondern sehr wohl auch die Ebene der Bundesländer – zu garantieren. Meine Kollegin Schillhaneck weiß das. Wir haben uns in der letzten Legislaturperiode im Abgeordnetenhaus sehr darum bemüht, ein Verfahren einzuleiten bzw. zu entwickeln, das gerade in dem Prozess der Subsidiaritätsüberprüfung die Beteiligung der Landesparlamente ausreichend garantiert. Bisher ist dieses Subsidiaritätsverfahren ausschließlich ein Exekutivverfahren. Insofern haben Sie uns an Ihrer Seite, denn in der letzten Wahlperiode war es nicht möglich, ein ausreichendes, zufriedenstellendes Verfahren herzustellen. Ich glaube, das ist zwingend erforderlich. Andere Bundesländer sind uns inzwischen weit voraus, die konkrete Vereinbarungen mit ihren Landesregierungen abgeschlossen haben. Dieses Verfahren ist ein überaus schwieriges, in dem die Landesparlamente – wenn sie denn wirklich beteiligt werden sollen – auch die notwendigen effektiven Informationen bekommen müssen, um eingreifen zu können.

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Frau Michels, darf ich Sie kurz unterbrechen? – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Könnten Sie Ihre Gespräche vielleicht nach draußen verlagern oder aber höflicherweise der Rednerin zuhören? – Ich danke Ihnen!

Martina Michels (LINKE):

Ja, so ist es eben, wenn über Europa diskutiert wird und dann auch noch über so eine trockene Materie. Es ist dann immer etwas schwierig.

Nun zu Ihrem Antrag, weshalb es für meine Begriffe kein Schmankerl wird. Erstens versucht Ihr Antrag, in letzter Minute in ein Verfahren einzugreifen, das bereits – Herr Zimmermann hat bereits darauf verwiesen – im Bundestag und auch im Bundesrat läuft. Der Bundestag wird nächste Woche über eine Subsidiaritätsrüge verhandeln; wie die „Financial Times“ gestern mitteilte, fraktionsübergreifend. Insofern bin ich optimistisch, dass Ihrem

(Martina Michels)

Anliegen im Bundestag – wohin es gehört – Genüge getan wird. Aber auch im Bundesrat, lieber Herr Behrendt, läuft die Debatte bereits seit einigen Wochen. Dem Antrag vom Land Bayern, das eine derartige Rüge anstreben wollte, wurde bereits eine Absage erteilt. Insofern ist es schwierig, jetzt noch in die Diskussion eingreifen zu wollen.

Drittens ist Ihr Antrag selbst etwas problematisch, da Sie nicht darauf abzielen, eine konkrete Subsidiaritätsrüge zu erteilen, was eigentlich das zielgerichtete Mittel wäre, sondern Sie sagen, der Senat solle Bedenken äußern und die sollen in die Stellungnahme einfließen. Ihr Antrag ist deshalb leider ein zahnlöser Tiger. Deshalb werden wir uns, weil wir diesen Antrag – so, wie Sie das vorhin begründet haben – als Signal auffassen, dass sich dieses Haus zukünftig dem Subsidiaritätsverfahren künftig stärker widmen will, der Stimme enthalten. Wir fordern Sie jedoch gleichzeitig auf: Lassen Sie uns gemeinsam – da haben Sie uns an Ihrer Seite – in dieser Legislaturperiode mit der Landesregierung zusammen ein geeignetes Verfahren entwickeln, damit wir uns als Landesparlament in der Zukunft nicht ganz so trocken – das hoffe ich! –, aber dennoch gleichzeitig wirkungsvoll in das Verfahren einbringen können. Das ist dringend notwendig. – Danke schön!

[Beifall bei der LINKEN –
Beifall von Martin Delius (PIRATEN)]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss offensichtlich etwas deutlicher werden. Es tut mir leid, aber es ist vom Hintergrundgeräuschpegel, wenn viele von Ihnen Gespräche führen, sehr laut. Und es ist – ehrlich gesagt – der parlamentarischen Befassung unangemessen. Bitte lassen Sie das!

[Allgemeiner Beifall]

Als nächstes hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Goiny das Wort. – Bitte sehr!

Christian Goiny (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Antrag befasst sich in der Tat mit einem wichtigen Thema der Europapolitik, und zwar deshalb, weil hier Regelungen geändert werden sollen, die auch ganz praktische Auswirkungen auf die Verbraucherinnen und Verbraucher in der Bundesrepublik haben können. Insofern ist es alles andere als eine trockene und abstrakte Materie. Es gibt aber vielleicht auch Gelegenheit, an dieser Stelle einmal deutlich zu machen, wie man Europapolitik nicht betreiben sollte. Diese Kritik richtet sich auch an die Europäische Kommission, denn die Art und Weise, wie diese Debatte auf europäischer Ebene und in den Nationalstaaten geführt wurde, zeugt gerade nicht

von Transparenz und dem Willen, entsprechende Gesetzgebungsvorhaben zu vermitteln und deutlich zu machen.

Es wird hier ein neues europäisches Recht neben das Nationalstaatsrecht gestellt, und es liegt nicht nur in der Sache ein Problem, sondern – und das hat Kollege Behrendt schon richtig gesagt – es liegt auch ein Problem in der Frage, ob hier europarechtlich die richtige Rechtsgrundlage gewählt worden ist. Auch wir als CDU-Fraktion teilen die Kritik an diesem Vorgehen, und ich finde es begrüßenswert, dass auf der Ebene des deutschen Bundestages eine entsprechende Initiative gestartet wurde, die offensichtlich wohl auch eine Mehrheit finden wird, und mit der dort fast alle Fraktionen dieses rügen werden.

Ich gebe auch Kollegin Michels völlig recht, die darauf hingewiesen hat, dass wir hier für unser Landesparlament noch keine vernünftige Regelung im Umgang mit diesem neuen Recht, das wir haben, nämlich Subsidiaritätsrügen durchzuführen, gefunden haben. Das bleibt eine Aufgabe, die wir in der neuen Wahlperiode zügig regeln sollten. Auf der anderen Seite heißt das aber noch lange nicht, dass nur, weil es diese Möglichkeit jetzt gibt, auch immer dann, wenn auf europäischer Ebene etwas geregelt wird, was die Interessen der Bundesrepublik Deutschland verletzt, zwangsläufig die Landesinteressen verletzt sein müssen. Darauf hat Kollege Zimmermann schon zu Recht hingewiesen. Hier ist es aus unserer Sicht so, dass deutsche Interessen verletzt sind, dass man das rügen muss, dass aber die Bundesregierung und der Bundestag dafür zuständig sind und eben gerade keine Länderinteressen verletzt sind, weil – auch da stimme ich dem Kollegen Zimmermann zu – das Zivilrecht, das Bürgerliche Gesetzbuch, eine bundesrechtliche Angelegenheit ist.

Insofern bleibt uns nichts anderes übrig, als diesen Antrag formal abzulehnen, aber natürlich – und das wäre unsere Bitte an die Landesregierung – dafür zu sorgen, dass bei der Befassung im Bundesrat diese inhaltlichen Bedenken und diese Kritik, die hier geäußert worden ist, auch geteilt wird und somit die Bundesregierung aufgerufen ist, die deutschen Interessen an dieser Stelle gegenüber der Europäischen Union wahrzunehmen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU und der SPD]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Für die Piratenfraktion hat nun der Abgeordnete Spies das Wort. – Bitte sehr!

Alexander Spies (PIRATEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es gut, dass es seit dem Vertrag von Lissabon, seit 2009, diese Frühwarnunterlagen gibt – also die rechtzeitige Information auch der Landesparlamente über solche Gesetzesvorhaben der Europäischen Union. Ich bin ja

(Alexander Spies)

auch wie meine Fraktion dabei, mich da einzuarbeiten, und habe eine Flut von Unterlagen durchzusehen, die man ohne rechtskundigen Beistand nur sehr schwer bewältigen kann. Ich würde mir deshalb wünschen, dass es so etwas wie in Baden-Württemberg gäbe: Ich habe hier einen Berichtsbogen der Landesregierung bezüglich dieses Vorgangs – der Drucksache 617/11 –, wo dann eben unter Punkt 11 „Erste Einschätzung zur Vereinbarkeit des EU-Vorhabens mit dem Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz“ zu diesem europäischen Kaufrecht festgestellt wird:

Nach erster Einschätzung verletzt die vorgeschlagene Verordnung weder den Subsidiaritäts- noch den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.

Interessant! Das wissen wir: Zwei Juristen, fünf Meinungen! Tatsächlich – und das wurde auch von den Vorrednern angemerkt – geht es ja hier mehr um die Frage, ob man die richtige Rechtsgrundlage wählt. Im Grunde genommen könnten wir uns diese Diskussion von Subsidiaritätsbedenken jetzt sparen, denn – wie gesagt – diese Bundesratsinitiative ist schon im Gang.

Aber ich möchte dennoch auf den Inhalt eingehen, denn am 1. Juli 2010 erklärte die Vizepräsidentin der EU-Kommission, Viviane Reding:

Ich möchte, dass ein polnischer, deutscher oder spanischer Verbraucher bei einem italienischen, finnischen oder französischen Unternehmen online genauso sicher einkaufen kann wie zu Hause.

Ein schönes Ziel! Allerdings scheint mir das alles im intransparenten Gestrüpp und Dickicht der europäischen Bürokratie versackt zu sein. Dazu taucht vor meinen Augen ein Bild auf. Es gab mal einen großen Kaiser namens Napoleon, der auf seinem Pferd sitzend den Code Civil diktierte. Das war noch Rechtssetzung aus einem Guss. Gut! Dahin wollen wir nicht zurück, obwohl Merkel und Sarkozy auf dem Pferd auch ein interessantes Bild abgaben.

Wir möchten natürlich, dass die Parlamente ihr Recht zur Rechtssetzung ausüben und dabei auch alle beteiligen. Insofern ist es interessant, dass am 17. März 2011 – das ist auch schon wieder etwas länger her – der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss einen sehr sinnvollen Vorschlag gemacht hat. In Konsultation mit diesem Grünbuch „Europäisches Vertrags-/Kaufrecht“ schlug er eine Kombination einer Toolbox mit Vertragsklauseln, die man dann in nationalen Verträgen einbauen könnte, die aber europäisch einheitlich sind, und eines solchen fakultativen Vertragsrechts zunächst nur für B-to-B-Beziehungen und eben nicht für B-to-C-Beziehungen für Endverbraucher vor.

Das wäre vielleicht – und es werden sich sicherlich auch viele Juristen mit diesem Thema beschäftigen – der richtige Weg, langsam solche europäischen Rechtsgüter in das nationale Recht einfließen zu lassen und in der natio-

nen Rechtsprechung auszuprobieren, zu welchen Reaktionen es kommt, um dann am Ende sicherlich auch zu einem solchen europäischen Kaufrecht zu kommen, das auch für den Endverbraucher transparent und rechtssicher ist. Aber so, wie es die Kommission geplant hat, geht es sicherlich nicht. Da sind die Einwände der Juristen vollkommen gerechtfertigt, und ich glaube, dass das auch noch einmal überarbeitet werden wird. Aber ich weiß nicht, ob es richtig ist, das hier mit nicht ganz gerechtfertigten Subsidiaritätsbedenken zu forcieren. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

[Beifall bei den PIRATEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. – Die antragstellende Fraktion hat sofortige Abstimmung beantragt. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und einige Mitglieder der Piratenfraktion. Gegenstimmen, bitte! – Das sind die Fraktionen der SPD und der CDU und ein Mitglied der Piratenfraktion. Enthaltungen, bitte! – Das ist die Fraktion Die Linke und ein Mitglied der Piratenfraktion. Damit ist der Antrag abgelehnt.

[Vereinzelter Beifall bei den PIRATEN]

Ich rufe auf

1fd. Nr. 11:

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache [17/0026](#)

Aufgabe gemäß § 7 Abs. 2 Sportförderungsgesetz von öffentlichen Sportflächen, Hartriegelstr. 77 im Bezirk Treptow-Köpenick, Ortsteil Adlershof, zwecks Überführung des ehemaligen Schulstandortes in Erbbaurecht an einen privaten Schulträger

Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Es wird die Überweisung der Vorlage federführend an den künftig für Sport zuständigen Ausschuss und mitberatend an den künftig für Stadtentwicklung zuständigen Ausschuss sowie den künftigen Hauptausschuss vorgeschlagen. – Ich höre hierzu keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Das war unsere heutige Tagesordnung. Der Ältestenrat hat am Dienstag der Einberufung einer Plenarsitzung aus besonderem Anlass gemäß § 56 Abs. 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung zugestimmt. In dieser außerordentlichen Sitzung werden die weiteren Mitglieder des Senats vereidigt und die Ausschüsse der 17. Wahlperiode eingesetzt. Diese 4. Sitzung findet am Donnerstag, dem 1. Dezember 2011 um 11.00 Uhr statt.

Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche allen einen guten Heimweg!

[Schluss der Sitzung: 16.59 Uhr]

Anlage 1

Beschlüsse des Abgeordnetenhauses

Rechtsextremistische Morde und Gewalttaten verurteilen

Das Abgeordnetenhaus verurteilt den menschenverachtenden Terror, der von Rechtsextremen über ein Jahrzehnt in Deutschland ausgeübt wurde. Wir trauern um Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Yunus Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter. Seit 1990 sind mit den zehn bisher bekannten Todesopfern der Zwickauer Terrorgruppe 138 Menschen Todesopfer rechter und rassistischer Gewalt in Deutschland geworden, davon zehn in Berlin.

Die Morde, Anschläge und Gewaltaktionen der Thüringer Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ haben viele Fragen zur Arbeit des Verfassungsschutzes und der Strafverfolgungsbehörden aufgeworfen. Es erfüllt uns mit tiefer Sorge, dass die Ermittlungen in der rechtsextremistischen Szene über einen derart langen Zeitraum erfolglos blieben. Die Arbeit des Verfassungsschutzes und der Strafverfolgungsbehörden müssen auf den Prüfstand gestellt werden, um die Ursachen für dieses Versagen festzustellen. Die Hinterbliebenen der Mordopfer wie auch die Öffentlichkeit haben Anspruch auf schnelle und vollständige Aufklärung, die die Defizite der Ermittlungen klar benennt. Danach müssen die notwendigen Konsequenzen gezogen werden.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin gedenkt der Opfer rechtsextremistischer Gewalt und spricht den Hinterbliebenen sein tiefes Mitgefühl aus. Wenn wir auch den individuellen Schmerz über den Verlust eines geliebten Menschen nicht ermessen können, so stehen wir doch in den Stunden der Trauer an der Seite der Hinterbliebenen und versichern ihnen, dass wir alles Menschenmögliche tun werden, um solche Taten in Deutschland niemals wieder geschehen zu lassen. Wir tragen Verantwortung dafür, dass alle in unserem Land ohne Angst vor Bedrohung und Rassismus leben können.

Rechtsextremistische Gewalttaten sind ein Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft und dürfen nicht verharmlost werden. Diese Bedrohung und Gefahr muss von Staat und Gesellschaft klar erkannt, benannt und entschieden bekämpft werden. Rechtsextremistischen Gewalttaten muss mit der gebotenen Entschlossenheit bereits im Keim entgegengetreten werden. Hier sind alle Anstrengungen zu unternehmen, dieses Ziel durch Aufklärung schon in der Grundschule, Präventionsarbeit, zivilgesellschaftliches Engagement, Ächtung von rassistischer Gewalt, Aussteigermodelle etc. zu erreichen.

Wir sind entschlossen, sowohl die politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten und ihren Verbündeten vertieft fortzusetzen als auch die unabdingbaren Konsequenzen für die Arbeit der Sicherheitsbehörden rasch zu ziehen. Aus Fehlern müssen die richtigen Schlüsse gezogen und umgesetzt werden.

Rechtsextreme, Rassisten und verfassungsfeindliche Parteien haben in unserem demokratischen Deutschland keinen Platz. Deshalb fordert das Abgeordnetenhaus den Senat auf, sich an der Prüfung durch den Bund und die anderen Länder, ob sich aus den Ermittlungsergebnissen Konsequenzen für ein NPD-Verbot ergeben, zu beteiligen. Die Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte an Parteiverbote sind zu berücksichtigen.

Wahl und Vereidigung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin

Gemäß Artikel 56 Abs. 1 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 75 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin wurde zum Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt und vereidigt:

Klaus Wowereit

Wahl der Mitglieder der G 10-Kommission des Landes Berlin

Gemäß § 2 Abs. 3 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel-10-Gesetzes – AG G 10 – des Landes Berlin wählt das Abgeordnetenhaus eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden sowie eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter – jeweils mit Befähigung zum Richteramt – und eine der Anzahl der im Abgeordnetenhaus von Berlin vertretenen Fraktionen entsprechende Anzahl von Beisitzern. Das Vorschlagsrecht für den Vorsitz sowie für die Stellvertretung hat die stärkste Fraktion. Für die Wahl der Beisitzer und eines persönlichen Vertreters hat jede Fraktion das jeweilige Vorschlagsrecht.

Es wurden gewählt:

von der Fraktion der SPD vorgeschlagen:

Abgeordneter Thomas Kleineidam als Vorsitzender
Herr Bernd Schimmler als stellvertretender Vorsitzender

Abgeordneter Tom Schreiber als Beisitzer
Abgeordneter Erol Özkaraca als Stellvertreter

von der Fraktion der CDU vorgeschlagen:

Abgeordneter Peter Trapp als Beisitzer
Abgeordneter Andreas Gram als Stellvertreter

von der Piratenfraktion:

Abgeordneter Pavel Mayer als Mitglied
Abgeordneter Christopher Lauer als stellv. Mitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagen:

Abgeordneter Benedikt Lux als Beisitzer
Abgeordnete Clara Herrmann als Stellvertreterin

von der Fraktion Die Linke vorgeschlagen:

Abgeordnete Marion Seelig als Beisitzerin
Abgeordneter Uwe Doering als Stellvertreter

von der Piratenfraktion vorgeschlagen:

Abgeordneter Pavel Mayer als Beisitzer
Abgeordneter Christopher Lauer als Stellvertreter

**Wahl der Mitglieder des Ausschusses für
Verfassungsschutz**

Es wurden gewählt

von der Fraktion der SPD:

Abgeordneter Thomas Kleineidam als Mitglied
Abgeordneter Tom Schreiber als Mitglied
Abgeordneter Thorsten Karge als Mitglied

Abgeordneter Sven Kohlmeier als stellv. Mitglied
Abgeordneter Robert Schaddach als stellv. Mitglied
Abgeordnete Karin Seidel-Kalmutzki als stellv. Mitglied

von der Fraktion der CDU:

Abgeordnete Cornelia Seibeld als Mitglied
Abgeordneter Stephan Lenz als Mitglied

Abgeordneter Andreas Gram als stellv. Mitglied
Abgeordneter Dr. Robbin Juhnke als stellv. Mitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Abgeordnete Clara Herrmann als Mitglied
Abgeordneter Benedikt Lux als Mitglied

Abgeordnete Canan Bayram als stellv. Mitglied
Abgeordneter Dirk Behrendt als stellv. Mitglied

von der Fraktion Die Linke:

Abgeordnete Marion Seelig als Mitglied
Abgeordneter Hakan Tas als stellv. Mitglied